

Beschluss (vorläufig) Kapitel 3: Berlin gestaltet Zukunft

Gremium: Landesdelegiertenkonferenz
Beschlussdatum: 14.02.2026
Tagesordnungspunkt: 3. Kapitel 3 des Landeswahlprogramms (Mobilität, Verkehr, Wirtschaft, Arbeit, Wissenschaft, Europa, Finanzen)

1 Berlin steht für Aufbruch und Wandel, für die Kraft, Neues zu wagen und Chancen zu nutzen.
2 Doch die Stadt steht an einem Wendepunkt: marode Brücken, ausfallende Züge, verstopfte
3 Straßen und fehlende Investitionen bremsen sie aus. Damit Berlin funktioniert, braucht es
4 eine Infrastruktur, die trägt, und eine Mobilität, die alle mitnimmt. Wir Bündnisgrüne
5 wollen eine Stadt, in der man zuverlässig und bequem von A nach B kommt, ob mit Bus oder
6 Bahn, Auto, Fahrrad oder zu Fuß. Und zwar in der ganzen Stadt – von Frohnau bis Köpenick,
7 von Spandau bis Marzahn. Eine echte Verkehrswende ist kein Selbstzweck, sondern
8 Voraussetzung dafür, dass alle besser vorankommen, auch die, die auf das Auto angewiesen
9 sind. So wird Berlin nicht nur sicherer, sauberer und klimafreundlicher, sondern auch
10 gerechter.

11 Berlin war immer auch Stadt der Ideen, der Kreativen, Wissenschaftler*innen und
12 Gründer*innen. Hier wird Zukunft gemacht: in Laboren, Werkstätten, Studios, Hochschulen,
13 solidarischen Unternehmen und Start-ups. Als europäische Metropole profitiert Berlin
14 besonders von der Freizügigkeit innerhalb der Europäischen Union – sie macht unsere Stadt
15 innovativer, vielfältiger und wirtschaftlich stärker. Wir wollen diese Innovationskraft
16 entfesseln, statt sie durch Kürzungen, Bürokratie und Unsicherheit auszubremsen. Dafür
17 schaffen wir gute Arbeitsbedingungen, fördern Wissenschaft und Forschung, stärken die
18 Innovationskraft unserer Wirtschaft und sichern Fachkräfte für die Zukunft. Eine Stadt, die
19 Handwerk, Kreativwirtschaft, Industrie und Forschung verbindet, die Arbeitsplätze sichert,
20 in Zukunftsindustrien investiert und wirtschaftliche Stärke mit Klimaschutz und Resilienz
21 vereint. Für uns ist klar: Nur mit einer funktionierenden Infrastruktur, einer gut
22 aufgestellten Wissenschaftspolitik und einer nachhaltigen Wirtschaftspolitik bleibt Berlin
23 zukunftsfest.

24 Zukunftsfest heißt für uns auch: vorausschauend investieren, solide wirtschaften und
25 Verantwortung übernehmen. Wir Grüne wollen, dass Berlin handlungsfähig bleibt: sozial,
26 ökologisch und ökonomisch. Wir setzen finanziell Prioritäten für Bereiche, wo öffentliche
27 Mittel bei den Menschen ankommen: funktionierende Schulen und Hochschulen, klimafreundliche
28 Infrastruktur und stabile soziale und kulturelle Angebote. So machen wir Berlin
29 handlungsfähig, heute und für kommende Generationen. Unser Ziel ist ein Berlin, das
30 funktioniert: resilient in der Krise, stark im Wandel und solidarisch im Zusammenhalt.

31 3.1. Konsequente Verkehrswende – Mobilität für alle schaffen

32 Berlin lebt von Bewegung, Begegnung und Vielfalt. Damit unser Alltag funktioniert, müssen
33 wir zuverlässig von A nach B kommen. Mobilität ist die Grundlage unseres urbanen Lebens und
34 unserer Freiheit. Sie darf keine Frage des Einkommens, des Wohnorts oder des Alters sein.
35 Doch die Realität sieht derzeit anders aus: Busse kommen zu spät, U-Bahnen fallen aus,
36 Radwege enden im Nichts und zu viele Straßen sind gerade für Kinder, Senior*innen und
37 Menschen mit Behinderungen gefährlich. Das Ergebnis sind Staus, Stress und Frust. Schon
38 heute werden 80 Prozent der Wege innerhalb Berlins im Umweltverbund, also zu Fuß, mit dem
39 Rad oder mit Bus und Bahn zurückgelegt. Doch anstatt diese Verkehrsarten zu fördern, stärkt
40 der Senat weiter einseitig den Autoverkehr und stellt sich damit gegen das Mobilitätsgesetz.

41 Die Bilanz von Schwarz-Rot ist ernüchternd: Unfälle mit mehr Verkehrstoten und Verletzten,
42 Busse und Bahnen fallen aus und alle stehen im Stau. Diese Politik nimmt den Menschen Zeit,
43 Sicherheit und Lebensqualität.

44 Wir Bündnisgrüne haben eine andere Vorstellung: Wir wollen Berlin zu einer Stadt machen, in
45 der Mobilität wieder funktioniert: bequem und zuverlässig für alle. Unsere
46 Mobilitätsgarantie stellt sicher, dass es ein attraktives und zuverlässiges Angebot von Bus
47 und Bahn in ganz Berlin und der gesamten Metropolregion gibt. Wir setzen uns deshalb dafür
48 ein, dass in Berlin der Zehn-Minuten-Takt als Basisangebot ausgeweitet wird. Ob im
49 Märkischen Viertel, in Hellersdorf oder in Mitte: Busse und Bahnen kommen pünktlich, auch
50 abends und am Wochenende. Metropolen weltweit wie Paris, London oder New York zeigen wie
51 Verkehrsberuhigungen und sichere Radwege die Lebensqualität verbessern. Wenn wir Berlin
52 regieren, investieren wir in einen funktionierenden Nahverkehr sowie in sichere Radwege und
53 barrierefreie Gehwege. Wir schaffen Schulzonen und sichere Schulwege von der Haustür bis zum
54 Schuleingang und gestalten lebenswerte Kieze, in denen man entspannt zu Fuß gehen kann. So
55 entlasten wir die Straßen, senken Lärm und Luftbelastung, verhindern, dass Rettungsdienste
56 auf dem Weg zu Einsätzen wertvolle Zeit im Stau verlieren, und steigern die Lebensqualität
57 für alle. Man muss kein Auto mehr besitzen, um mobil zu sein – alle können sich frei und
58 unabhängig bewegen. Und wer auf ein Auto angewiesen ist – beispielsweise Handwerker*innen,
59 Lieferverkehr oder Menschen mit Mobilitätseinschränkungen – für die gibt es mehr reservierte
60 Parkplätze wie Lieferbereiche und Behindertenparkplätze. Wir teilen die Ziele der Initiative
61 „Berlin autofrei“ für mehr Lebensqualität und Verkehrssicherheit in Berlin durch eine
62 Reduktion des motorisierten Individualverkehrs und der Stärkung des Umweltverbundes. Wir
63 wollen gemeinsam mit der Initiative, der Zivilgesellschaft und den Berliner*innen an der
64 Umsetzung dieser Vision arbeiten. Über die nun anstehende Debatte für den besten Weg und die
65 klügsten Maßnahmen zur Umsetzung der Verkehrswende, die anhand des Gesetzesvorschlags der
66 Initiative „Volksentscheid Berlin autofrei“ nun geführt werden kann, freuen wir uns sehr.
67 Wir halten es für richtig, über den Gesetzentwurf im direktdemokratischen Verfahren des
68 Volksentscheids abstimmen zu lassen.

69 Wir setzen auf die Stärkung sicherer Geh- und Radwege sowie von Bus und Bahn. Das
70 kombinieren wir mit einem guten Sharing Angebot sowie unserem Vorschlag zum fairen Parken –
71 und ermöglichen Menschen damit so mobil zu sein, wie sie wollen.

72 Grüne Mobilität ist Klimaschutz. Denn wenn wir Bus, Bahn, Rad- und Fußverkehr stärken,
73 senken wir klimaschädliche Emissionen, verbessern die Luftqualität und machen Berlin
74 resilient gegenüber Hitze und Starkregen. Die Flächen für mehr Stadtgrün und Klimaanpassung
75 schaffen wir, ohne den Raum für Rad- und Fußverkehr einzuschränken. Unser Ziel ist klar: Mit
76 einer integrierten Umsetzung von Mobilitäts- und Klimaanpassungsgesetz knüpfen wir dort an,
77 wo wir aufgehört haben, bevor CDU und SPD die Mobilitätswende gestoppt haben. Wir bringen
78 Berlin wieder in Bewegung – sicher, sauber und zukunftsfest.

79 Nahverkehr sicher und zugänglich gestalten

80 Der öffentliche Personennahverkehr (ÖPNV) muss für alle sicher und angenehm sein. Wir Grüne
81 sorgen für mehr Sicherheit und Sauberkeit auf Bahnhöfen, in Bussen und Bahnen, damit sich
82 alle Fahrgäste wohlfühlen. Frauen sowie weitere Gruppen wie queere oder Schwarze Menschen
83 fühlen sich derzeit im ÖPNV nicht sicher. Zum Schutz vor Übergriffen und Belästigung wollen
84 wir Abteile für Frauen, Lesben, inter*, nicht-binäre, trans* und agender Personen (FLINTA*)
85 in der U-Bahn erproben und die Präsenz entsprechend geschulter Sicherheitsmitarbeitenden der
86 Berliner Verkehrsbetriebe (BVG) ausbauen. Darüber hinaus wollen wir jede Form von
87 Diskriminierung im Nahverkehr, wie sie beispielsweise bei Ticketkontrollen vorkommen,

88 bekämpfen und setzen auf die Umsetzung entsprechender Schulungen und Strukturen bei BVG und
 89 S-Bahn. So schaffen wir einen Nahverkehr, in dem sich alle frei und sicher bewegen können.
 90 Auch der Weg zu Bus und Bahn wird von vielen Menschen als unsicher wahrgenommen. Daher
 91 wollen wir ausreichende Beleuchtung auf den Wegen zu Haltestellen umsetzen.

92 Wir machen den Nahverkehr für alle zugänglich, bezahlbar und barrierefrei. Wir wollen
 93 schrittweise alle Bushaltestellen und Bahnhöfe vollständig barrierefrei gestalten – mit
 94 Aufzügen, Rolltreppen, Leitsystemen und sicheren Zugängen für Menschen mit Rollstühlen oder
 95 Rollatoren. Damit schaffen wir Mobilität ohne Hürden für jede Generation. Auch im Umgang mit
 96 Fahren ohne Fahrschein wollen wir mehr Gerechtigkeit schaffen. Solange das Thema auf
 97 Bundesebene nicht entkriminalisiert ist, setzen wir uns nach dem Vorbild von Potsdam dafür
 98 ein, dass BVG und S-Bahn nicht länger verpflichtet sind, Strafanzeigen zu erstatten. Es
 99 bleibt beim Bußgeld, doch wir entlasten damit die Justiz, sparen Haftkosten und schaffen
 100 einen sozial gerechteren Umgang mit diesen Fällen.

101 Wir Grüne werden uns auf Bundesebene für den Erhalt des Deutschlandtickets und eine
 102 dauerhafte Rückkehr zum Ursprungspreis von neun Euro im Monat einsetzen. Den Anfang machen
 103 wir mit dem bundesweit gültigen Berliner Klimaticket: Menschen mit wenig Geld, die heute
 104 noch über 27 Euro für das Sozialticket zahlen müssen, bieten wir bezahlbare und
 105 klimafreundliche Mobilität für neun Euro im Monat an. Schüler*innen und
 106 Freiwilligendienstleistende fahren mit dem Berliner Klimaticket bundesweit sogar kostenlos.
 107 Außerdem setzen wir uns für ein Azubiticket nach dem Vorbild des Semestertickets ein. Bei
 108 Azubi- und Semesterticket machen wir die Fahrradmitnahme außerhalb der Spitzenzeiten
 109 kostenlos. Außerdem forcieren wir die Ausweitung des Jobtickets als von Arbeitgeber*innen
 110 mitfinanziertes, vergünstigtes Deutschlandticket. So schaffen wir einen Nahverkehr, der für
 111 alle zugänglich, sicher und bezahlbar ist – unabhängig von Alter, Einkommen oder
 112 Mobilitätsbedarf. Und eine Mobilität über Berliner Landesgrenzen hinaus. Bei Vergünstigungen
 113 stellen wir weiterhin sicher, dass der laufende Betrieb sowie der Ausbau für bessere
 114 Angebote finanziert sind.

115 BVG und S-Bahn aus der Krise befreien

116 Wir Bündnisgrüne wollen die aktuellen Krisen bei BVG und S-Bahn lösen. Ständige Ausfälle,
 117 Verspätungen und unzuverlässige Takte müssen der Vergangenheit angehören. Dafür wollen wir
 118 die Modernisierung der maroden Signal- und Stellwerkstechnik bei der S-Bahn deutlich
 119 beschleunigen, moderne Busse sowie S- und U-Bahn-Wagen in ausreichender Zahl kaufen, damit
 120 die ständigen Störungen bei alten Zügen nicht mehr den Nahverkehr lahmlegen. Den
 121 Personalmangel wollen wir mit attraktiven Arbeitsbedingungen und guter Bezahlung beheben.
 122 Dazu gehört auch, dass Fahrer*innen an Wendestellen ausreichend Zeit und angemessene
 123 Bedingungen wie beispielsweise saubere Toiletten vorfinden. Wir wollen die aktuelle
 124 Abwärtsspirale von weniger Angebot, sinkenden Landeszuschüssen und zu geringen Investitionen
 125 durchbrechen. Wir Berliner*innen sind auf zuverlässige Busse und Bahnen angewiesen – das
 126 machen wir zur Priorität. Zu oft stecken Busse und Straßenbahnen aber auch im Stau fest. Um
 127 das zu ändern, wollen wir dem Nahverkehr an Ampeln und mit neuen Busspuren Vorrang geben.

128 Die BVG wird transparenter. Mit korrekten Echtzeitinformationen zu Ausfällen und
 129 Verspätungen sowie einer besseren Fahrgastkommunikation stellen wir sicher, dass sich alle
 130 Fahrgäste auf ihren Nahverkehr verlassen können. Verlässliche Informationen bedeuten weniger
 131 Stress im Alltag. Attraktiver Nahverkehr muss aber auch für die Beschäftigten attraktiv
 132 sein. Dazu gehören für uns vor allem gute Arbeitsbedingungen und eine faire, vorbildliche
 133 Bezahlung bei BVG und S-Bahn. Denn ein zuverlässiger, kund*innenfreundlicher Nahverkehr kann
 134 nur gelingen, wenn die Menschen, die ihn täglich am Laufen halten, die Anerkennung und

135 Sicherheit bekommen, die sie verdienen. Darum setzen wir uns für eine Personaloffensive ein:
 136 mit gezielten Ausbildungs- und Weiterbildungsprogrammen, familienfreundlichen Schichtplänen,
 137 besserem Gesundheitsschutz und aktiver Fachkräftegewinnung. So sorgen wir dafür, dass die
 138 BVG und die S-Bahn auch in Zukunft ausreichend Personal haben und die Berliner*innen auf
 139 einen starken ÖPNV zählen können.

140 Wir Grüne werden die ÖPNV-Krise lösen und unseren bis 2023 eingeschlagenen Weg für einen
 141 attraktiven Nahverkehr fortsetzen. Dazu sichern wir einen verlässlichen Nahverkehr ohne
 142 Kürzungen und investieren in 1.500 neue U-Bahn-Wagen, ein erweitertes Busangebot und eine
 143 emissionsfreie E-Bus-Flotte.

144 Attraktive Mobilitätsangebote bereitstellen

145 Wir wollen den ÖPNV konsequent stärken und ausbauen. Wir sorgen für dichte Takte, längere
 146 Trams und bessere, zuverlässigere Verbindungen – mit neuen Straßenbahnlinien und dem Ausbau
 147 von S- und Regionalbahn im Rahmen der i2030-Projekte, die durch fehlende Finanzierung durch
 148 die CDU ausgebremst wurden. Wir wollen die Planungen finanziell absichern und setzen uns für
 149 eine beschleunigte Umsetzung sowie mehr Unterstützung durch den Bund ein. Unser Ziel ist,
 150 die Berliner Außenbezirke besser an Brandenburg anzuschließen und so Mobilität über die
 151 Landesgrenze hinweg deutlich zu verbessern. Wir wollen dazu den zweigleisigen Ausbau von S-
 152 Bahn-Linien fortsetzen, um Taktverdichtungen mit dem Ziel eines 10-Minuten-Takts zu
 153 ermöglichen. Wir wollen endlich die Heidekrautbahn sowie die Siemensbahn fertigstellen und
 154 die vielen weiteren Ausbauprojekte fortsetzen. Wir treiben die Nahverkehrstangente zwischen
 155 Köpenick, Lichtenberg und Marzahn mit höchster Priorität voran und schließen damit den
 156 zweiten Bahnring. Unser Ziel ist die Schließung von Lücken im Netz. Dafür treiben wir auch
 157 die Erweiterung des S-Bahn- und Tramnetzes voran und prüfen welche Erweiterungen und
 158 Neubaumaßnahmen im Rahmen des U-Bahnnetzes umsetzbar sind. Entscheidende Kriterien sind ein
 159 positives Nutzen-Kosten-Verhältnis, hohe Fahrgastgewinne und zusätzliche Netzverknüpfungen.
 160 So werden die äußeren Stadtteile endlich besser angebunden, Pendelzeiten verkürzt und neue,
 161 direkte Verbindungen geschaffen – für eine spürbar schnellere und komfortablere Mobilität
 162 auch außerhalb des S-Bahn-Rings. Unser Ziel ist es, langfristig auch Reinickendorf an den
 163 Regionalverkehr anzubinden, um schneller mit anderen Bezirken sowie Brandenburg verbunden zu
 164 sein. Grundlage für den notwendigen ÖPNV-Ausbau ist für uns der Nahverkehrsplan, den wir
 165 weiter mit Hochdruck umsetzen wollen. Wo der Bahnausbau nicht schnell genug vorangeht,
 166 schaffen wir mit Bussen schon mal vorab bessere Verbindungen zwischen den Ortsteilen. Zur
 167 Stärkung von Verbindungen außerhalb der Innenstadt setzen wir uns für den Ausbau der
 168 Elektrifizierung der Fernbahngleise des Berliner Innenrings und die vermehrte Nutzung durch
 169 Regionalverkehr ein.

170 Mit Angeboten wie Kiezbuslinien wollen wir auch Nachbarschaften besser an S- und U-Bahn
 171 anbinden, in denen der Weg zur nächsten Haltestelle heute noch lang ist. Dazu gehören z.B.
 172 Gebiete wie die Frankfurter Allee Süd, der nördliche Kaskelkiez oder der Carlsgarten in
 173 Karlshorst.

174 Ein Schwerpunkt liegt für uns zudem auf dem Ausbau der Straßenbahn – den Tramstopp der CDU
 175 machen wir Bündnisgrüne rückgängig. Wir bauen das Tramnetz konsequent aus und machen es
 176 schneller, leiser und attraktiver. Mit dichter Taktung und Ampelvorrang sowie
 177 Priorisierung der Planung neuer Straßenbahnlinien, sorgen wir für mehr Verlässlichkeit und
 178 ein attraktives Angebot. Bei der Planung neuer Straßenbahnstrecken wenden wir einen
 179 integrierten Planungsansatz an, um den gesamten Straßenraum für mehr Sicherheit, Klimaschutz
 180 und Lebensqualität in den Blick zu nehmen, und der nicht im Widerspruch zur individuellen
 181 Entscheidung stehen das Auto weiterhin zu nutzen. Wir wollen Berlin zu einer Stadt der

182 gerechten Mobilität machen, in der die Fläche gerecht verteilt ist. Wir wollen eine echte
 183 Wahlfreiheit durch einen funktionierenden, öffentlichen Nahverkehr und sichere Rad- und
 184 Fußwege. Das Zielnetz des Bündnis Pro Straßenbahn stellt für uns eine wichtige Grundlage für
 185 den langfristig anzustrebenden Tramausbau dar. Wir setzen uns dafür ein, dass nach
 186 Möglichkeit U-Bahnen nicht nur am Wochenende, sondern auch unter der Woche nachts
 187 durchgängig fahren. Zugleich setzen wir uns für mehr Schutz vor Lärm im Verkehr ein. Dafür
 188 setzen wir den Lärmaktionsplan mit mehr Tempo 30 und weiteren Maßnahmen gegen Straßen- und
 189 Schienenlärm um.

190 Sharing-Angebote bauen wir überall in Berlin aus. Wir machen Fahrrad-, Lastenrad- und Car-
 191 Sharing in allen Bezirken verfügbar – besonders auch in den Ortsteilen außerhalb des S-Bahn-
 192 Rings. Ein öffentlich gefördertes Leihradsystem wird wieder eingeführt und in den ÖPNV-Tarif
 193 integriert. Zudem unterstützen wir die Idee eines Abo-Angebots für alle Sharing-Angebote in
 194 der Jelbi-App, damit Verkehrsmittel flexibel und günstig kombiniert werden können. Für eine
 195 geordnete und sichere Sharing-Mobilität setzen wir auf den Ausbau von vielen neuen Jelbi-
 196 Standorten in ganz Berlin mit dem Ziel, schwerpunktmäßig die Ortsteile außerhalb des S-Bahn-
 197 Rings gut anzubinden. Jelbi-Stationen und Mobilitätshubs schaffen bequeme Umstiege und
 198 stationäres Car-Sharing wird sichtbarer im Straßenraum. Auch privates Car-Sharing in den
 199 Kiezen fördern wir. So wird Teilen einfacher, günstiger und alltagstauglich – für flexible
 200 Mobilität ohne eigenes Auto. Wir beenden außerdem das E-Scooter-Chaos. Insbesondere in
 201 Kiezen, wo wenig öffentlicher Raum zur Verfügung steht, dürfen E-Scooter und Leihräder nur
 202 noch an festen Stationen abgestellt werden. Aber auch außerhalb dieser Bereiche werden wir
 203 dafür sorgen, dass nicht ordnungsgemäß abgestellte Leihräder und E-Scooter für die Anbieter
 204 nicht ohne Konsequenzen bleiben, damit insbesondere Menschen mit Behinderung gut und sicher
 205 alle Wege nutzen können. So stärken wir die Barrierefreiheit und schaffen mehr Sicherheit,
 206 Flexibilität und Erreichbarkeit für alle Menschen in der Stadt.

207 Fußverkehr stärken

208 Fußverkehr ist die natürlichste und gesündeste Fortbewegungsart und wird von allen
 209 Verkehrsteilnehmer*innen entweder für den gesamten Weg oder für Teilstrecken bei weiterer
 210 Nutzung von Bahnen, Bussen, Autos oder Fahrrädern praktiziert. Hierbei schließen wir unter
 211 dem Fußverkehr auch die Fortbewegung unter Nutzung von Hilfsmitteln, wie Rollstühlen,
 212 Rollatoren o.ä. ein. Wer zu Fuß unterwegs ist, soll sicher und ohne Hektik über die Fahrbahn
 213 kommen. Fußgänger*innen brauchen breite, barrierefreie Wege, ausreichend viele und sichere
 214 Querungen, sowie Sitzgelegenheiten, damit alle Generationen mobil bleiben können. Wir wollen
 215 die Grünphasen der Ampeln für die Fußgänger*innen verlängern. Um die häufigen Unfälle beim
 216 Rechtsabbiegen zu vermeiden, trennen wir künftig standardmäßig die Ampelphasen des
 217 abbiegenden Verkehrs von zu Fuß Gehenden, die geradeaus gehen. Ebenfalls wollen wir in
 218 Berlin weitere Shibuya-Kreuzungen einführen bei denen Fußgänger*innen Kreuzungen auch quer
 219 kreuzen können um die Wartezeiten für Fußgänger*innen zu verkürzen. Damit schaffen wir
 220 sichere Ampeln und Straßen, auf denen es Freude macht, zu Fuß unterwegs zu sein. Dazu wollen
 221 wir auf Gehwegen mehr Platz schaffen, damit auch Menschen mit Rollstühlen, Kinderwägen oder
 222 Rollatoren ungehindert aneinander vorbeikommen. Für mehr Klimaschutz werden wir ehemalige
 223 Flächen des Rad- und Autoverkehrs auf Gehwegen entsiegeln.

224 Radverkehr fördern

225 Radwege werden in ganz Berlin komfortabel ausgebaut. Durchgängige, geschützte Radwege
 226 verbinden alle Stadtteile und machen das Fahrrad zur echten Alternative. Radfahren wird
 227 endlich alltagstauglich. Wir Grüne beenden den Radwegestopp und setzen das Radverkehrsnetz

228 um - mit sicheren, durchgängigen Radwegen an Hauptstraßen; mit Fahrradstraßen in
229 Nebenstraßen. Außerdem bauen wir mehr Fahrradabstellanlagen – für ein entspanntes und
230 sicheres Radfahren im Alltag. Auf Hauptstraßen setzen wir darauf, Rad- und Fußverkehr sowie
231 Bus- und Autoverkehr wo möglich eigene Bereiche zu geben, damit alle sicher unterwegs sind.
232 Zudem sorgen wir mit einem zuverlässigen Winterdienst dafür, dass zusammenhängende Radrouten
233 auch bei Schnee und Eis sicher befahrbar sind. Die drei am weitesten fortgeschrittenen
234 Radschnellverbindungen – die Ost-, West- und Wannseeroute – bringen wir schnell in die
235 Umsetzung und machen uns für die Weiterführung nach Brandenburg stark. Damit Radfahren auch
236 auf Kopfsteinpflasterstraßen komfortabel möglich ist, wollen wir in Nebenstraßen das
237 inzwischen bewährte Verfahren des AbfräSENS der Oberfläche einsetzen, wie dies am
238 Priesterweg in Tempelhof-Schöneberg, in der Lynarstraße in Mitte und in der Hufelandstraße
239 in Pankow erfolgreich erprobt worden ist. Die infraVelo, die die Radschnellverbindungen
240 sowie andere wichtige Fahrradprojekte plant und umsetzt, stärken wir und reaktivieren die
241 Projekteinheit Radwege. Die Super-Kombi Rad und Bahn spielt ihr volles Potential erst aus,
242 wenn sicheres Fahrrad-Parken überall an Bahnstationen möglich ist: wir weiten die sicheren
243 Abstellmöglichkeiten dort deutlich aus, entweder an Fahrradbügel auf der Straße, in
244 gesicherten Fahrradabstellanlagen oder in Fahrradparkhäusern.

245 Verkehrssicherheit und Inklusion umsetzen

246 Mit der Vision Zero vor Augen sorgen wir Grüne dafür, dass alle, die zu Fuß oder mit dem
247 Fahrrad unterwegs sind, dies sicher und bequem tun können. Unser Ziel ist klar: Es darf
248 keine Verkehrsunfälle mehr geben, bei denen Menschen sterben oder schwer verletzt werden.
249 Wir schaffen sichere Straßen für alle – mit einem flächendeckenden Tempo-30-Netz, sicheren
250 Kreuzungen und konsequenten Maßnahmen für null Verkehrstote. Wir schützen Leben mit so viel
251 Tempo 30 wie möglich – insbesondere vor Kitas, Schulen, Spielplätzen,
252 Senior*inneneinrichtungen, Einrichtungen der Behindertenhilfe und an Schulwegen – und
253 kontrollieren Tempolimits konsequent. Wir nutzen dabei auch die Möglichkeit, Lücken im
254 Tempo-30-Netz zu schließen, um zu einem gleichmäßigen und sicheren Verkehrsfluss zu kommen.
255 Wir schaffen mehr Barrierefreiheit durch abgesenkte Bordsteine, Querungshilfen, Rampen,
256 Blindenstreifen und einfache Zugänge zum ÖPNV. Dazu gehört für uns auch mehr Sicherheit an
257 Haltestellen durch ausreichend große Wartebereiche und Schutz vor vorbeifahrenden
258 Fahrzeugen. Sichere Gehwege und Kreuzungen mit Gehwegvorstreckungen, Fahrradbügel, die
259 nicht zulasten des Fußverkehrs gehen, sowie zusätzlichen Zebrastreifen machen die Stadt für
260 alle – besonders Kinder, Senior*innen und Menschen mit Mobilitätseinschränkungen – sicherer
261 und leichter zugänglich. Damit sichere Schulwege, barrierefreie Kreuzungen und mehr Schutz
262 von Fußgänger*innen gelingen, brauchen die Bezirke jede Unterstützung. Mit einer
263 bezirklichen Sicherheitsoffensive stärken wir die Bezirke für mehr Verkehrssicherheit und
264 Inklusion. Wir unterstützen sie mit zusätzlichen Mitteln für die Verkehrssicherheit – für
265 attraktive Gehwege, sichere Schulwege, Kreuzungsumbau in Nebenstraßen, Bordsteinabsenkungen
266 – und mit weiteren Maßnahmen, die dafür sorgen, dass Menschen in ihren Kiezen sicher und
267 barrierefrei unterwegs sein können.

268 Für mehr Schulwegsicherheit sorgen wir Bündnisgrüne in allen Bezirken durch viele neue
269 Schulzonen ohne Durchgangsverkehr nach Pariser Vorbild. So machen wir das Ankommen sicherer,
270 reduzieren Lärm und Gefahrensituationen und ermöglichen Kindern, ihren Schulweg eigenständig
271 und geschützt zu meistern. Erfolgreich umgesetzt haben wir Bündnisgrüne das bereits unter
272 anderem in der Singerstraße in Berlin-Mitte, in der Scharnweberstraße in Friedrichshain und
273 in der Wönnichstraße in Lichtenberg. Mit einem verbindlichen Leitfaden zur Einführung von
274 Schulstraßen machen wir es den Bezirken leicht, temporäre oder dauerhafte Schulstraßen

275 einzurichten. Zudem setzen wir konsequent Tempo 30, Zebrastreifen und sichere Kreuzungen an
 276 Schulwegen um und sorgen so für sichere Wege von der Haustür bis zum Schuleingang.

277 Damit unsere Straßen sicherer werden, braucht Berlin eine konsequente Kontrolle der
 278 Verkehrsregeln. Aktuell gibt es 46 stationäre und 83 mobile Blitzer. Tempolimits und rote
 279 Ampeln schützen Menschenleben – doch nur, wenn sie auch beachtet werden. Darum wollen wir
 280 mit einer Blitzeroffensive für mehr Verkehrssicherheit die Zahl der stationären und mobilen
 281 Blitzer in Berlin verdoppeln und zusätzlich Ampel-Blitzer einsetzen. So können Kontrollen
 282 flexibler und flächendeckender erfolgen. Die notwendigen Investitionen zahlen sich durch
 283 Bußgelder schnell aus – der wichtigste Gewinn aber ist mehr Sicherheit für alle
 284 Verkehrsteilnehmer*innen. Damit Verstöße auch wirklich geahndet werden, stärken wir die
 285 Bußgeldstelle personell und sorgen für schnellere Abläufe.

286 Auch die Notfallversorgung wollen wir verbessern. Breite Safety Lanes für Einsatzfahrzeuge
 287 und weniger Staus sorgen dafür, dass Feuerwehr, Polizei und Rettungsdienste schneller am
 288 Einsatzort sind. Damit erhöhen wir Sicherheit und Lebensqualität für alle Berliner*innen.

289 Verkehr in den Kiezen besser steuern

290 Klimafreundliche Kieze verstehen wir Grüne als lebenswerte Oasen. Wir gestalten
 291 verkehrsberuhigte Quartiere ohne Durchgangsverkehr, die trotzdem für Anwohnende, Feuerwehr,
 292 Polizei und Rettungsdienste erreichbar bleiben. Mit mehr Bäumen, Stadtgrün, Trinkbrunnen,
 293 Wasserverneblern an Hitzetagen und Bänken entstehen grüne, kühle Orte zum Verweilen – für
 294 saubere Luft, weniger Lärm und mehr Lebensqualität direkt vor der Haustür. Unser Ziel ist
 295 es, in der ganzen Stadt viele neue Sitzbänke aufzustellen, denn Bänke sind “Tankstellen” für
 296 Menschen zu Fuß. In grünen Bereichen, wo Blumenkübel den Durchgangsverkehr heraushalten und
 297 Bäume im Sommer angenehm kühlen, können Kinder unbeschwert draußen spielen, die
 298 Nachbarschaft bekommt Treffpunkte, Jugendliche ihre Orte. Diese Nachbarschaftsstraßen werden
 299 zu Keimzellen von Superkiezen, wo wieder echtes Miteinander entsteht.

300 Die lebenswerten und verkehrsberuhigten Kieze machen Berlin klimaresilient und sorgen auch
 301 bei Starkregen dafür, dass das Wasser im Boden versickern kann, anstatt die Kanalisation zu
 302 überlasten. Die zahllosen Initiativen, die sich in der ganzen Stadt entwickelt haben, um
 303 sich für lebenswerte und sichere Kieze zu engagieren, unterstützen wir. Gerade in den Kiezen
 304 wollen wir zeigen, dass eine lebenswerte Stadt nicht nur Mobilität braucht, sondern dass der
 305 Straßenraum für viele Nutzungen offenstehen muss: Aufenthalt und Kommunikation, Mobilität,
 306 Stadtgrün und Klimaanpassung, Kinderspiel, Straßenkunst und Gastronomie.

307 Auch den Wirtschaftsverkehr entlasten wir. Mit mehr und reservierbaren Ladezonen,
 308 Mikrodepots für Pakete und der Förderung emissionsfreier Lieferflotten schaffen wir
 309 effiziente, klimafreundliche Wege für Handwerk, Pflege und Lieferdienste. Das stärkt die
 310 Stadt und ihre Versorgung.

311 Durch die Parkraumbewirtschaftung wird der knappe öffentliche Raum effizienter genutzt und
 312 gebietsfremdes Dauerparken unterbunden. So wird nicht nur gebietsfremdes Dauerparken
 313 verhindert, sondern auch Verkehr reduziert und auf den Umweltverbund verlagert; der
 314 verbleibende Raum kann besser genutzt werden. Das ist nicht nur gut für die
 315 Verkehrssicherheit, sondern auch für die Anwohner*innen und führt zu mehr
 316 Flächengerechtigkeit im öffentlichen Raum. Die Einnahmen aus Anwohner*innenparkausweisen
 317 werden zwischen Land und Bezirken fair geteilt; so stärken wir die Bezirke, schaffen
 318 Spielräume für die Verkehrswende und der Landesanteil wird zusätzlich in den Ausbau des ÖPNV
 319 investiert – davon profitieren alle. Deshalb wollen wir die Preise für das
 320 Anwohner*innenparken an ein angemessenes Niveau anpassen, um endlich für mehr Gerechtigkeit

321 zu sorgen. Es kann nicht sein, dass ein halbes Jahr Parken kaum mehr kostet als ein
322 Einzelticket der BVG. Mit digitaler Parkraumkontrolle durch Scan-Cars entlasten wir die
323 Ordnungämter und schaffen gerechtere Nutzung öffentlicher Flächen. Die bestehenden
324 Handwerkerparkausweise, mit denen man in allen Parkraumzonen unbürokratisch parken kann,
325 wollen wir zu Parkberechtigungen für ausgewählte Berufsgruppen wie Pflegedienste und
326 Hebammen weiterentwickeln. So gewinnen wir mehr Platz für Menschen und verbessern die
327 Mobilität in der ganzen Stadt.

328 Autozentrierte Planungen überwinden

329 Eine lebenswerte Stadt für Menschen bedeutet für uns auch klare Entscheidungen. Wir
330 Bündnisgrüne lehnen den Weiterbau der Autobahn A 100 ab, denn der 17. Bauabschnitt würde für
331 Ost-Berliner Kieze in Lichtenberg, Pankow und Friedrichshain noch mehr Stau, Lärm,
332 Luftverschmutzung und Clubsterben bedeuten. Stattdessen schützen wir Wohngebiete vor
333 Durchgangsverkehr und investieren konsequent in den Ausbau des Nahverkehrs. Der 16.
334 Bauabschnitt sorgt für Chaos, Stau und gefährdet Menschenleben. Es braucht endlich ein
335 umfassendes Verkehrskonzept für die Anschlussstellen. Bis dieses umgesetzt werden kann, soll
336 der Abschnitt zum Schutz der Anwohnenden geschlossen werden. Generell setzen wir uns für den
337 Rückbau von Autobahnen wie beispielsweise am Breitenbachplatz ein, da Autobahnen in einer
338 Stadt keinen positiven Beitrag zum Verkehr leisten, die Anwohnenden wie die Umwelt aber sehr
339 belasten.

340 Auch die geplante vierspurige Tangentialverbindung Ost (TVO) in ihrer jetzigen Form lehnen
341 wir ab. Das Planfeststellungsverfahren entsprach nicht den erforderlichen Standards für
342 nachhaltige Mobilität. Wir fordern eine Lösung, die die Wuhlheide erhält und den
343 Schienenverkehr stärkt. Mit dem Ausbau der Nahverkehrstangente schließen wir die letzte
344 Lücke im Bahnaußenring und schaffen eine schnelle, umweltfreundliche Verbindung, die ganz
345 Berlin und das Umland besser vernetzt. So sorgen wir für weniger Autoverkehr, saubere Luft
346 und mehr Lebensqualität. Unser Leitbild bleibt klar: ein Berlin, das sich nach den
347 Bedürfnissen der Menschen richtet und nicht nach denen der Autos. Mobilität wird so zu einem
348 Schlüssel für Lebensqualität, Freiheit und Gerechtigkeit. Langfristig wollen wir
349 autozentrierte Strukturen zurückbauen, indem wir alte Autoschneisen wie am Breitenbachplatz
350 zurückbauen und auch weitere Orte, wie beispielsweise den Bundesplatz oder den Innsbrucker
351 Platz zu menschenfreundlicheren, urbanen und grüneren Plätzen umgestalten. So schaffen wir
352 mehr Lebensqualität und stärken eine Stadtentwicklung, die sich an den Bedürfnissen der
353 Menschen orientiert. Für besseren Lärmschutz an bestehenden Autobahnen in Berlin werden wir
354 uns gegenüber dem Bund einsetzen.

355 Baustellen gehören zu einer wachsenden Stadt – aber sie dürfen den Alltag nicht unnötig
356 belasten. Wir Grüne setzen uns für eine bessere und transparentere Baustellenkoordination
357 nach Hamburger Modell ein. Damit sollen in Zukunft alle Baustellen zentral von einem Stab
358 bei der Senatsverkehrsverwaltung koordiniert werden, der im regelmäßigen Austausch mit
359 Baulasträgern und Leitungsbetrieben steht. Zudem erhält der Senat ein Vetorecht für
360 Baustellen, die zu einer gesamtstädtischen Überlastung führen würden. So werden Bauarbeiten
361 bezirksübergreifend schneller. Mit einem weiterentwickelten Baustellenatlas schaffen wir
362 mehr Transparenz, damit Bürger*innen und insbesondere Gewerbetreibende frühzeitig wissen,
363 was geplant ist, und sich darauf einstellen können. Zudem werden bei Großbaustellen alle
364 beteiligten Institutionen, Träger und Unternehmen verpflichtet, sowohl die Baustellenplanung
365 als auch etwaige Änderungen oder Verzögerungen der breiten Öffentlichkeit proaktiv und
366 aufsuchend zu kommunizieren. Um Bauzeiten zu verkürzen, orientieren wir uns am Münchner
367 Modell: Wer große Flächen im öffentlichen Raum länger blockiert, zahlt künftig höhere
368 Gebühren. Das schafft Anreize, Baustellen platzsparend einzurichten und zügig

369 fertigzustellen. Stillstände ohne triftigen Grund soll es nicht mehr geben – nach spätestens
370 zehn Werktagen müssen Arbeiten beginnen, längere Pausen von mehr als 20 Werktagen führen zum
371 Rückbau der Baustelleneinrichtung. Ein neuer Bauüberwachungsdienst sorgt dafür, dass diese
372 Regeln eingehalten werden und die Kommunikation mit den Bürger*innen verbessert wird.

373 Europäische und internationale Mobilität nachhaltiger machen

374 Die Ostbahn wollen wir Bündnisgrüne zukunftsfähig machen, durch einen beschleunigten,
375 zweigleisigen, elektrifizierten Ausbau von Berlin-Lichtenberg über Müncheberg bis Kostrzyn.
376 Damit verbessern wir die Schienenverbindung nach Polen und verkürzen Pendelzeiten. Neben der
377 Ostbahn gibt es weitere wichtige Schienenstrecken die Verbindungen nach und von Berlin wie
378 beispielsweise die Nordbahn, die wir für den Personen- und Güterverkehr verbessern wollen.
379 Gemeinsam mit Polen arbeiten wir daran, die Verbindungen zwischen Deutschland und Polen zu
380 verbessern und perspektivisch eine ICE-Verbindung nach Warschau zu schaffen.

381 Wir setzen uns für die Umsetzung des Deutschlandtaktes mit verbesserten Verbindungen
382 innerhalb Deutschlands und den Ausbau der Verbindungen innerhalb Europas ein. Dazu gehören
383 für uns insbesondere mehr attraktive Nachtzugverbindungen in europäische Metropolen. Damit
384 schaffen wir klimafreundliche Alternativen zu Kurzstreckenflügen.

385 Auch den Flugverkehr gestalten wir nachhaltiger. Es ist nicht einzusehen, dass wenige Reiche
386 zulasten der Allgemeinheit leben, wenn sie mit Privatjets die Anwohnenden des BER unnötigen
387 Lärm- und Emissionsbelastungen aussetzen. Deshalb wollen wir am Flughafen BER keine Starts
388 und Landungen von Privatjets mehr! Wir werden uns allen Bestrebungen zur Aufweichung der
389 Nachtflugregelung am Flughafen BER entgegenstellen. Wir setzen uns auch weiterhin für ein
390 konsequentes Nachtflugverbot zwischen 22 und 6 Uhr ein und wollen Gebühren und Abgaben für
391 eine ökologische Steuerung nutzen. Wir werden uns weiter für eine unbürokratische Umsetzung
392 des Schallschutzprogramms im Sinne der vom Fluglärm betroffenen Anlieger*innen einsetzen.
393 Wir wollen der der Flughafen Berlin Brandenburg GmbH (FBB) über die bis jetzt zugesagten
394 weiteren Darlehen bzw. Zuschüssen aus Steuergeldern keine weiteren Gelder gewähren.
395 Langfristig erwarten wir von der FBB die Rückzahlung der gewährten Darlehen.

396 3.2. Fortschrittliche Wirtschaft – ökologisch, sozial und innovativ

397 Berlin ist seit jeher ein Ort des Wandels und der Ideen und zugleich ein dynamischer
398 Wirtschaftsstandort. Diese Innovationskraft entsteht auch aus der internationalen Vielfalt;
399 weil Menschen aus den unterschiedlichsten Gründen aus aller Welt nach Berlin kommen und mit
400 ihren Ideen, ihrem Wissen und ihrer Kultur unsere Stadt prägen und tragen. Für ein gutes
401 Leben und Wohlstand für alle Berliner*innen muss unsere Wirtschaft leistungsfähig sein. Dazu
402 gehört ein stabiles Wachstum ohne ökologische und soziale Ausbeutung. Die vergangenen Jahre
403 haben den Berliner Unternehmen allerdings viel abverlangt – von Pandemie über Energiekrise
404 bis hin zu globalen Verwerfungen und einer Wirtschaftskrise, die auch strukturelle Defizite
405 offenlegt. Die Berliner Wirtschaft hat sich in dieser Zeit weiterentwickelt und ihre
406 Widerstandskraft bewiesen. Wirtschaftliches Wachstum allein garantiert jedoch keine
407 Zukunftsfähigkeit. Entscheidend ist, dass Unternehmen auch in Krisen Innovation
408 vorantreiben, neue Wege finden und sich an veränderte Rahmenbedingungen anpassen können.
409 Diese Stärke wollen wir gezielt zukunftsfest absichern.

410 In Berlin trifft Kiezkultur auf internationale Vielfalt. Wir Bündnisgrüne wollen eine „Stadt
411 der kurzen Wege“ und dafür die altbewährte Berliner Mischung neu beleben: kurze Distanzen
412 zwischen Wohnen, Arbeiten, Einkaufen, Forschung und Kultur, dazu ein lebendiges Neben- und
413 Miteinander von Industrie, Start-ups, Handwerk, Wissenschaft und Kreativszene. So entsteht

414 eine Wirtschaft, die fest im Alltag der Stadt und ihrer Bewohner*innen verankert ist und
415 gleichzeitig international ausstrahlt.

416 Als Start-up-Hauptstadt bleibt Berlin ein Anziehungspunkt für Gründer*innen, Talente und
417 Fachkräfte. Hier entstehen Lösungen für die großen Herausforderungen unserer Zeit: Hier
418 werden Zukunftstechnologien entwickelt und Maßnahmen zur Bekämpfung der Klimakrise
419 umgesetzt. Trotz aller Widrigkeiten wächst eine vielfältige Innovationswirtschaft heran, die
420 nationale wie internationale Unternehmen anzieht und Berlin zu einem Motor für
421 Transformation und Fortschritt macht. Unser Anspruch ist es, diese Innovationskraft gezielt
422 zu stärken, den Unternehmensstandort strategisch weiterzuentwickeln, seine
423 Wettbewerbsfähigkeit auszubauen und Berlin zugleich für neue, innovative Unternehmen noch
424 attraktiver zu machen. Dafür sind eine leistungsfähige, gründungsfreundliche Verwaltung
425 sowie Kultur und Wissenschaft als zentrale Standortfaktoren unverzichtbar. Die Kürzungen der
426 jetzigen Regierung in diesen Bereichen gefährden die Innovations- und Wettbewerbsfähigkeit
427 Berlins unmittelbar.

428 Berlin kann zeigen, dass wirtschaftlicher Erfolg, ökologische Verantwortung und sozialer
429 Fortschritt keine Gegensätze sind – sondern Grundlage einer starken, zukunftsfähigen
430 Hauptstadtwirtschaft. Um Fortschritt und Wohlbefinden der Bürger*innen messbar zu machen,
431 führen wir einen Regionalen Wohlfahrtsindex (RWI) ein – als Grundlage für eine
432 zukunftsorientierte, sozial gerechte und evidenzbasierte Wirtschaftspolitik.

433 Bürokratie abbauen

434 Unsere Bürokratie ist ein massives Hemmnis für Innovation und Wachstum. Wir wollen
435 Bürokratieabbau und Planungsbeschleunigung statt Deregulierung und Abbau von Standards. Für
436 Innovation, Wettbewerbsfähigkeit und Effizienz werden wir Hürden abbauen, Planungen
437 erleichtern und Prozesse beschleunigen. Dabei wollen wir mehr Regeln streichen als neue
438 einführen.

439 Unklare Zuständigkeiten zwischen Bund, Land und Bezirken, ein Regelungsdickicht sowie lange
440 Bearbeitungsdauern belasten die Berliner Bürger*innen und Betriebe. Das trifft insbesondere
441 kleine und mittlere Unternehmen, die sich keine großen Rechtsabteilungen leisten können und
442 proportional viel mehr Aufwand für Bürokratie haben. Wir wollen die Dynamik der
443 Verwaltungsreform für weitgehende Entlastung nutzen. Daher vereinfachen und beschleunigen
444 wir Investitions-, Genehmigungs- und Verwaltungsprozesse. Um dies zu erreichen, richten wir
445 ein unabhängiges Gremium für Entlastung und Beschleunigung ein, in dem Expert*innen die
446 wichtigsten Prozesse priorisieren. Ergänzend führen wir Praxis-Checks durch: Expertinnen und
447 Experten aus Unternehmen und Verwaltung prüfen ausgewählte Verfahren gemeinsam. Das gilt
448 sowohl für bestehende als auch für neue Prozesse.

449 Zusätzlich wollen wir den Grundsatz einführen, dass niemand dem Staat Auskunft über eine
450 Information erteilen muss, die der Staat an anderer Stelle bereits hat. Voraussetzung für
451 das „Once-Only-Prinzip“ ist ein sicherer Austausch im Einklang mit der DSGVO und das
452 explizite Einverständnis der Nutzer*innen.

453 Wir werden zahlreiche Dokumentations- und Berichtspflichten reduzieren und digitalisieren –
454 ohne Risiken für Standards, Nachhaltigkeit und fairen Wettbewerb. Jede Verpflichtung muss
455 sorgfältig überprüft werden, ob sie den angestrebten Zweck (noch) erfüllt. Im Zusammenspiel
456 mit engmaschigen Kontrollen und harte Strafen bei Regelverstößen werden wir die allermeisten
457 Unternehmer*innen entlasten und kriminelle Akteur*innen in den Fokus nehmen.

458 Transformation als Wirtschaftsbooster nutzen

459 Die klimaneutrale Modernisierung sehen wir Grüne als Chance für die Berliner Wirtschaft. Wir
460 starten eine Investitionsoffensive für die öffentliche Infrastruktur und verbinden diese eng
461 mit der Dekarbonisierung der landeseigenen Unternehmen - das bedeutet eine zukunftsfähige
462 Stadt, aber auch Wertschöpfungsketten für Handwerk und Mittelstand. Entscheidend ist, dass
463 diese Investitionen in nachhaltige Infrastrukturen fließen – in Energie, Mobilität,
464 Bildungseinrichtungen, Digitalisierung und nachhaltige Stadtentwicklung. Dabei stärken wir
465 auch das mittelständische Handwerk. Es ist eine zentrale Säule der lokalen
466 Wirtschaftsstruktur, Ausbilder und relevanter Arbeitgeber sowie ein Schlüsselakteur der
467 Energie- und Wärmewende.

468 Wir setzen auf eine klare Strategie: Nachhaltigkeit und Ressourceneffizienz müssen zu
469 Treibern von Wachstum und Innovation werden. Um innerhalb der planetaren Grenzen zu
470 wirtschaften, sind für uns Dekarbonisierung hin zur Klimaneutralität und Kreislaufwirtschaft
471 essenziell. Eine sichere, saubere und bezahlbare Energieversorgung ist mittlerweile ein
472 knallharter Standortfaktor. Wir tragen dafür Sorge, dass eine zügige Transformation zu mehr
473 Wohlstand, internationale Wettbewerbsfähigkeit und sicheren Arbeitsplätzen führt. Die
474 Investitionsbank Berlin sehen wir als starkes Transformationsinstrument, dessen
475 Förderprogramme wir konsequent an Klimazielen und Ressourceneffizienz ausrichten werden. So
476 bringen wir Wirtschaftsförderung, soziale Investitionen und ökologische Nachhaltigkeit in
477 Einklang.

478 Selbständigkeit und Unternehmer*innentum stärken

479 Berlin ist auch die Stadt der wirtschaftlichen Freiheit. Über 200.000 Berliner*innen gehen
480 einer selbständigen Tätigkeit nach: als Unternehmer*in, Freiberufler*in oder Freelancer*in.
481 Sie packen selbst an und gestalten die Gesellschaft und ihr Erwerbsleben durch
482 Entrepreneurship. Selbständige verdienen gute Rahmenbedingungen und Anerkennung. Gerade
483 Menschen mit Migrationsgeschichte prägen das Unternehmer*innentum in Berlin und
484 Selbständigkeit ist ein Schlüssel für soziale Mobilität. Seit einigen Jahren geht die Zahl
485 der Selbständigen aber zurück. Wir wollen Selbständigkeit fördern, Unternehmer*innentum
486 stärken und insbesondere KMU und Solo-Selbständige entlasten. Auch werden wir uns für eine
487 gründer*innenfreundliche und verlässliche Regelung bei der Bekämpfung von Sozialbetrug und
488 Ausbeutung durch Scheinselbständigkeit einsetzen.

489 Wir setzen uns für ein Berliner Innovationsfreiheitsgesetz ein, das Reallabore,
490 Experimentierklauseln und beschleunigte Verfahren ermöglicht. Ziel ist es, innovative
491 Lösungen insbesondere in den Bereichen Klima, Mobilität, Energie, Industrie und
492 Digitalisierung schneller zu erproben und umzusetzen, ohne soziale, ökologische oder
493 arbeitsrechtliche Schutzstandards, Transparenz oder Diversitätsanforderungen einzuschränken.
494 Berlin soll ein Ort werden, an dem neue Technologien und Geschäftsmodelle unter realen
495 Bedingungen verantwortungsvoll getestet werden können.

496 Investitionen der öffentlichen Hand zukunftssicher aufstellen

497 Öffentliche Investitionen sind für uns wichtige Impulsgeber für den wirtschaftlichen und
498 ökologischen Umbau Berlins. Wir Bündnisgrüne wollen dafür sorgen, dass auch kleinere,
499 jüngere und vor allem mehr Berliner Unternehmen zum Zug kommen, wenn das Land Berlin
500 investiert. Deshalb wollen wir das Vergaberecht reformieren – unter Beibehaltung sozialer
501 und ökologischer Standards sowie deren wirksamer Umsetzung und Kontrolle, insbesondere mit

502 Blick auf Antidiskriminierung. Vereinfachte Verfahren, eine Flexibilisierung der Wertgrenzen
 503 bei uneingeschränkter Tariftreue und Mindestlohnregelung, eine Innovationsklausel und
 504 vereinfachte Eignungsprüfungen sowie eine stärkere Aufteilung von Losen erleichtern dabei
 505 insbesondere kleinen und mittleren Unternehmen sowie Start-ups den Zugang zu öffentlichen
 506 Ausschreibungen, insbesondere wenn sie gemeinwohlorientiert, sozial oder ökologisch
 507 ausgerichtet sind. Nachhaltigkeit und faire Arbeit sollen verbindliche Pfeiler der
 508 Auftragsvergabe werden. Das stärkt auch den Absatzmarkt für nachhaltige Produkte. Der
 509 Losgrundsatz soll weiterhin als Regelfall gelten und zugleich praxistauglich flexibilisiert
 510 werden. Dabei ist sicherzustellen, dass mittelständische Interessen besonders bei
 511 Unteraufträgen wirksam gewahrt bleiben. Bei öffentlicher Beschaffung sorgen wir dafür, dass
 512 verstärkt Produkte zum Zug kommen, die wiederverwendbar sind und den Prinzipien der
 513 Kreislaufwirtschaft entsprechen. Bei der öffentlichen Beschaffung sorgen wir dafür, dass
 514 verstärkt Produkte zum Zug kommen, die wiederverwendbar sind, den Prinzipien der
 515 Kreislaufwirtschaft entsprechen und dabei internationale Arbeits- und Sozialstandards,
 516 insbesondere die ILO-Kernarbeitsnormen, achten.

517 Innovationsstandort Berlin stärken

518 Die Berliner Wirtschaft lebt von den kreativen Köpfen, der Internationalität Berlins und
 519 ihrer Wissenschaftslandschaft. Diese Vielfalt ist die Grundlage eines starken
 520 Innovationsökosystems, das wissenschaftliche Exzellenz, unternehmerische Dynamik und
 521 industrielle Wertschöpfung miteinander verbindet. Unsere wertvollste Ressource ist unsere
 522 Innovationskraft. Unser Anspruch ist es, diese Kraft gezielt zu stärken, zu skalieren und
 523 strategisch zu steuern.

524 Die Berliner Zukunftsorte haben sich seit ihrer Etablierung zu einem vitalen Rückgrat der
 525 wissensbasierten Wirtschaftsentwicklung in Berlin entwickelt. Wir Grüne werden sie weiter
 526 stärken und sehen das Potenzial, die Zukunftsorte zu Modellregionen für klimaneutrales
 527 Wirtschaften weiterzuentwickeln. Dabei wollen wir sie noch stärker als Orte von Forschung,
 528 industrieller Innovation, Technologietransfer und Wertschöpfung profilieren und ihre
 529 Anbindung an Wissenschaft, Start-ups und bestehende Unternehmen gezielt ausbauen. Mit
 530 Produktionsstandorten wie dem CleanTech Business Park Berlin-Marzahn wollen wir die
 531 Innovationskraft auch für die Ansiedlung von produzierenden Unternehmen nutzen und
 532 Industrie, Wirtschaft und Wissenschaft zusammenbringen. Neben den Zukunftsorten wollen wir
 533 aber auch klassische Gewerbegebiete dabei unterstützen, gemeinsam nachhaltiger,
 534 klimafreundlicher und innovativer zu werden.

535 Im Norden unserer Stadt soll mit der Urban Tech Republic ein weiterer wichtiger Zukunftsort
 536 entstehen, der Technologie, Forschung, Gewerbe, Industrie und auch Wohnen und Naherholung
 537 verbindet. Wir sehen im Umbau des Flughafengebäudes in Tegel mit dem Ziel der Ansiedlung der
 538 Berliner Hochschule für Technik sowie zahlreicher Unternehmen ein zentrales
 539 wirtschaftspolitisches Vorhaben in Berlin, das keinen Aufschub duldet, damit Technologie,
 540 Industrie, Forschung und Ausbildung an dieser wichtigen Schnittstelle zusammenwirken und
 541 Berlin als Standort für angewandte Innovation und klimaneutrale Industrie gestärkt wird. Wir
 542 setzen uns dafür ein, dass der Umbau so schnell wie möglich realisiert wird.

543 Zur Beschleunigung von Transfer, Skalierung und industrieller Anwendung von Innovationen
 544 prüfen wir die Einrichtung einer landeseigenen Innovationsagentur nach dem Vorbild der
 545 Bundesagentur für Sprunginnovationen (SPRIND). Ziel ist es, anwendungsnahe Innovationen
 546 schneller in Wirtschaft, Industrie und öffentliche Strukturen zu überführen, insbesondere in
 547 den Bereichen Klimaschutz, Resilienz, Digitalisierung und Daseinsvorsorge. Die Agentur soll
 548 missionsorientiert arbeiten und dabei gesellschaftliche, ökologische und wirtschaftliche

549 Ziele zusammenführen, bestehende Förderinstrumente ergänzen und eng mit Wissenschaft,
550 Unternehmen und bestehenden Innovationsstrukturen kooperieren.

551 Es gibt einen Schulterschluss der Berliner Wirtschaft mit Initiativen und NGOs für eine
552 nachhaltige Expo-Weltausstellung 2035 in Berlin, die sich den Global Goals verpflichtet. Wir
553 Bündnisgrüne freuen uns über diese Bewegung und sehen darin eine Chance, wenn das Expo-
554 Vorhaben die Bau- und Verkehrswende sowie die klimafreundliche und sozial gerechte
555 Entwicklung Berlins messbar voranbringt und innovationspolitisch wirksam ist. Eine neue Expo
556 in Berlin muss zudem die imperiale und koloniale Tradition der Weltausstellungen im
557 Allgemeinen und der in Berlin 1896 im Besonderen aufarbeiten. Entscheidend ist für uns des
558 Weiteren, dass sämtliche Gelder, die in dieses Projekt fließen – ob vom Bund, von der
559 Wirtschaft selbst oder vom Land –, nachhaltig in unsere Stadt investiert werden und so den
560 Berliner*innen auch nach dem Ende der Expo zugutekommen.

561 Wirtschaftliche Vielfalt als Stärke begreifen

562 Berlin verfügt über eine bundesweit einmalige Mischung aus engagierter Zivilgesellschaft,
563 Wissenschaft, Forschung und Wirtschaft. Diese Vielfalt ist ein zentraler Standortfaktor für
564 Innovation, Resilienz und wirtschaftliche Transformation. Berlins Kreativwirtschaft und
565 seine Gründer*innenszene gehören zu den wichtigsten Wirtschaftsfaktoren dieser Stadt. Die
566 Kreativwirtschaft und ihre besonderen Bedarfe werden wir stärker in
567 Gründungsförderungsprogramme einbeziehen. Mit dem Innovationsökosystem UNITE entsteht in
568 Berlin ein starkes Netzwerk, das die vielfältige Gründungsszene der Stadt bündelt und
569 vernetzt. Wir Grüne unterstützen Allianzen wie UNITE als Teil eines breiteren Ökosystems,
570 das den Transfer von Forschung in unternehmerische und industrielle Anwendung beschleunigt.
571 Unser Ziel ist, dass innovative Forschungsprojekte zu Gründungen werden, anstatt als
572 Doktorarbeit in der Schublade zu bleiben.

573 Dafür wollen wir verlässliche Rahmenbedingungen schaffen, um privates Kapital gezielt für
574 nachhaltige Innovationen und Unternehmenswachstum in Berlin zu mobilisieren. Zugleich setzen
575 wir uns dafür ein, dass erfolgreiche Start-ups und innovative Unternehmen in Berlin
576 skalieren, Wertschöpfung und gute Arbeitsplätze vor Ort sichern und nicht frühzeitig den
577 Standort wechseln.

578 Auch sind viele bestehende Unternehmen, allen voran KMUs, auf neueste Erkenntnisse und die
579 Expertise von Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern der Berliner Hochschulen und
580 Forschungseinrichtungen angewiesen: So können innovative Produkte, Dienstleistungen und
581 Verfahren entwickelt werden. Das erhöht ihre Wettbewerbsfähigkeit und stärkt nachhaltige
582 Geschäftsmodelle. Angebote und Formate zum Wissens- und Technologietransfer bauen wir in
583 diese Richtung aus. Zusätzlich fördern und stärken wir Reallabore. Sie sollen die
584 rechtssichere Erprobung innovativer Ideen unter realen Bedingungen ermöglichen.

585 Um Innovations- und Gründungsaktivitäten in Berlin besser zu koordinieren und ihre Wirkung
586 für nachhaltige Wertschöpfung und gute Arbeit zu erhöhen, setzen wir uns für die Einsetzung
587 einer*s Start-up-Beauftragten des Landes Berlin ein. Die Funktion soll ressortübergreifend
588 wirken, um Zuständigkeiten zwischen Wirtschafts-, Wissenschafts- und Industriepolitik besser
589 aufeinander abzustimmen und Hürden an den Schnittstellen von Verwaltung, Wissenschaft und
590 Unternehmen zu identifizieren. Maßstab für die Arbeit der*des Start-up-Beauftragten sind
591 ökologische Wirkung, gesellschaftlicher Mehrwert, der Einsatz für Mitbestimmung von
592 Beschäftigten, die Etablierung von Tarifverträgen und die Ausrichtung von Innovationen auf
593 eine klimaneutrale, sozial gerechte und resiliente Wirtschaftsstruktur.

594 Die Hauptstadtregion Berlin-Brandenburg zählt international zu den führenden Standorten der
595 Gesundheitswirtschaft und der Life Sciences. Mit dem erfolgreichen Cluster
596 Gesundheitswirtschaft verfügt sie über ein starkes Netzwerk aus Unternehmen,
597 Forschungseinrichtungen, Kliniken, Start-ups und Fachkräften aus aller Welt – die gemeinsam
598 Lösungen entwickeln, die die Gesundheitsversorgung von morgen prägen und uns zugleich
599 unabhängiger machen von internationalen Lieferketten. Diese Entwicklung werden wir weiter
600 vorantreiben und die Rahmenbedingungen so gestalten, dass Innovationen schneller in die
601 Anwendung gelangen – insbesondere durch verbesserten Transfer erfolgversprechender Lösungen,
602 gezielte Förderung und verlässliche industrie- und innovationspolitische Leitplanken.

603 Attraktivität für Fach- und Arbeitskräfte steigern

604 Berlin ist darauf angewiesen, attraktiv für kluge und kreative Köpfe zu sein. Für uns ist
605 deshalb klar: Berlins einzigartige Kultur-, Club- und Hochschullandschaft, aber auch
606 bezahlbarer Wohn- und Arbeitsraum sowie eine attraktive Kiezkultur sind für die Berliner
607 Unternehmen ein wesentlicher Standortvorteil im Wettbewerb um Fach- und Arbeitskräfte. Wir
608 Bündnisgrünen setzen uns für eine bessere soziale Absicherung von Selbstständigen und
609 Freischaffenden ein. Bezahlbare Arbeitsräume, Proben-, Produktions- und Präsentationsorte
610 für Kreative werden ausgebaut – mit einem Schwerpunkt auf der Freien Szene und
611 soloselbstständigen Künstler*innen sowie unter verstärkter und langfristiger Nutzung
612 landeseigener Immobilien. Zwischennutzungskonzepte, genossenschaftliche Projekte und
613 städtische Liegenschaften wollen wir gezielt fördern und weiterentwickeln.

614 Wir wollen gezielt internationale Fachkräfte und qualifizierte Absolvent*innen gerade auch
615 aus der Tech-Branche anwerben, die nach der Verschärfung der US-Visa-Regelungen unter der
616 Trump-Regierung anderswo nach Jobs suchen. Dafür legen wir ein Programm auf, das sie auch
617 beim An- oder Zurückkommen in Berlin nachhaltig unterstützt. Wir setzen auf eine aktive
618 Willkommens- und Integrationspolitik, die Anerkennungsverfahren vereinfacht und Zugänge zum
619 Arbeitsmarkt beschleunigt.

620 Soziale und solidarische Unternehmen befördern

621 Eine besondere Stärke Berlins sind die zahlreichen und vielfältigen sozialen und
622 solidarischen Unternehmen, Social Entrepreneurs und gemeinwohlorientierten Unternehmen. Wir
623 sehen sie als wichtigen Teil der Berliner Wirtschaft und als Impulsgeber für Transformation
624 und Innovationen – auch jenseits rein technischer Anwendungen. Ihrer Rolle als Orte
625 demokratischen und alternativen Wirtschaftens wollen wir mehr Raum geben. Mit einem
626 Masterplan „Soziale und solidarische Unternehmen“ und einem eigenen Berliner oder
627 gemeinsamen Wirtschaftscluster in der Innovationsstrategie der Hauptstadtregion Berlin-
628 Brandenburg wollen wir diesen wichtigen Teil der Berliner Wirtschaft stärken. Zudem schaffen
629 wir – nach Vorbild von Hamburg und Bremen – ein spezielles Förderinstrument für soziale
630 Unternehmen.

631 Gewerbliches Fundament der Stadt unterstützen

632 Berlins Wirtschaft lebt auch von ihrem gewerblichen Fundament – vom Handwerksbetrieb über
633 Manufakturen und den Einzelhandel, bis zur Industrie. Wir Grüne setzen uns dafür ein, dass
634 diese Betriebe gute Bedingungen finden, um zu investieren, auszubilden und klimafreundlich
635 zu wirtschaften. Im Sinne der Berliner Mischung schaffen wir bezahlbare landeseigene
636 Gewerbeflächen und setzen uns bundesweit für eine Gewerbemietpreisbremse, einen Mietspiegel
637 und gewerblichen Kündigungsschutz ein. Wir stärken Zwischennutzungen als Instrument der

638 Stadtentwicklung, um gewerbliche und gemeinwohlorientierte Nutzungen abzusichern. Wir führen
639 Milieuschutz auch für Gewerbemiet*innen ein. Landeseigene Wohnungsunternehmen sollen Räume
640 für gemeinwohlorientierte Bedarfe und verdrängungsgefährdete Betriebe bereitstellen und das
641 kooperative Baulandmodell wird auf bezahlbare Gewerbeflächen ausgeweitet.

642 Wir wollen den Wirtschaftsverkehr in Berlin leistungsfähig und zukunftsfest gestalten –
643 durch bessere Flächenverteilung, mehr Liefer- und Ladezonen und digitale Verfahren, mit
644 denen diese einfacher reserviert und gesteuert werden können. Zugleich setzen wir auf
645 klimafreundliche Logistik mit emissionsfreien Fahrzeugen, Mikro-Depots sowie der Nutzung von
646 Schienen- und Wasserwegen.

647 Einzelhandel modern weiterentwickeln

648 Der Berliner Einzelhandel steht durch Online-Konkurrenz, verändertes Konsumverhalten und die
649 Krise der Warenhäuser unter erheblichem Druck. Doch er ist und bleibt unverzichtbar, weil er
650 unsere Kieze und Zentren lebendig hält und eine wohnortnahe Versorgung sicherstellt. Wir
651 wollen Einkaufszentren zu multifunktionalen Orten weiterentwickeln, die neben Handel auch
652 Raum für Kultur, Bildung, Gesundheit und öffentliche Dienstleistungen bieten. Dazu sollen
653 Mischnutzung, flexible Mietmodelle und Zwischennutzungskonzepte gefördert werden, um
654 Leerstand zu vermeiden und lebendige Quartierszentren zu erhalten. Den Rahmen der aktuellen
655 Gesetzgebung für verkaufsoffene Sonntage wollen wir ausschöpfen und achten dabei konsequent
656 auf den Schutz der Beschäftigten im Einzelhandel, die bei langen Arbeitszeiten und
657 Belastungen auf die Erholung am Sonntag angewiesen sind. Die wachsende Paketflut aus
658 internationalen Online-Handelsströmen bringt den Berliner Einzelhandel unter Druck und ist
659 zugleich ein ökologisches Desaster. Wir Grüne setzen uns für faire Wettbewerbsbedingungen
660 und eine stärkere Marktüberwachung in Berlin ein, damit der lokale Handel und lebendige
661 Zentren eine Zukunft haben.

662 Handwerk und Industrie für die Zukunft aufstellen

663 Die Berliner Handwerksbetriebe sind relevante Arbeitgeber*innen und zentrale
664 Ausbilder*innen, die Perspektiven schaffen und soziale Teilhabe ermöglichen. Dem Handwerk
665 kommt beim klimaneutralen Umbau Berlins eine Schlüsselrolle zu – es bringt Solaranlagen auf
666 die Dächer, installiert Wärmepumpen, dämmt Gebäude und macht so Klimaschutz ganz praktisch
667 möglich. Wir sichern wohnortnahe Standorte für Handwerks- und Reparaturbetriebe und
668 erleichtern ihnen durch mehr Parkplätze für den Wirtschaftsverkehr den Alltag. Die
669 Meister*innenausbildung soll gebührenfrei, geschlechtergerechter und flexibler gestaltet
670 werden – sowohl berufsbegleitend als auch im direkten Anschluss an die Ausbildung. Wir
671 fördern Aufstieg, spätere Selbstständigkeit und Neugründungen im Handwerk und unterstützen
672 Betriebe dabei, Beschäftigten die Meisterqualifikation zu ermöglichen. So stärken wir
673 Fachkräftebindung, Unternehmensnachfolgen und Neugründungen in Berlin. Wir wollen gemeinsam
674 mit den entsprechenden Akteur*innen besprechen, wie Elemente der Meisterausbildung nach
675 Thüringer Vorbild bereits während des Abiturs an den Oberstufenzentren angeboten werden
676 können. Wir fördern außerdem die Ausbildung Geflüchteter und stärken die
677 Integrationskompetenz der Betriebe. Gemeinsam mit den Kammern unterstützen wir Unternehmen
678 darin, Geflüchtete als Auszubildende aufzunehmen und wir begleiten interessierte Unternehmen
679 bei der Vorbereitung für eine Ausbildung.

680 Eine wettbewerbsfähige, erfolgreiche Industrie sorgt für Wohlstand und gut bezahlte, sichere
681 Arbeitsplätze. Wir unterstützen Betriebe bei der Umstellung auf erneuerbare Energien,
682 Kreislaufwirtschaft und Energieeffizienz und schaffen verlässliche Rahmenbedingungen für
683 Innovation und gute Arbeit. Gemeinsam mit den Unternehmen, den Belegschaften, Gewerkschaften

684 und der Forschung treiben wir die industrielle Transformation voran. Dabei gestalten wir die
685 industrielle Transformation auch vor dem Hintergrund globaler Abhängigkeiten und
686 geopolitischer Risiken. Resiliente Lieferketten, strategische Diversifizierung und eine
687 stärkere europäische Einbettung sind zentrale Voraussetzungen für Wettbewerbsfähigkeit,
688 Versorgungssicherheit und nachhaltige Wertschöpfung. Berlin soll Vorreiterin einer
689 klimaneutralen und kreislaufbasierten Grundstoffindustrie werden – mit starker Forschung,
690 innovativen Unternehmen und guten Arbeitsplätzen, insbesondere in der Chemie-, Pharma- und
691 Kosmetikbranche. Dafür wollen wir Bündnisgrüne die Zusammenarbeit von Wissenschaft,
692 Wirtschaft und Start-ups gezielt fördern, u.a. durch den weiteren Ausbau der
693 Wirtschaftsförderung, um auf Landesebene die Vernetzung und Beratung der verschiedenen
694 Akteure branchenübergreifend auf zu koordinieren und zu unterstützen. So können wir
695 Innovationen schneller in die Anwendung bringen und dafür sorgen, dass auch die
696 Chemieindustrie vom Hochlauf der Wasserstoff-Infrastruktur profitiert. Wir setzen bei der
697 industriellen Transformation auf die Stärken der Metropolregion Berlin-Brandenburg. Berlin
698 hat eine starke Forschungsinfrastruktur und ist gründungsstark. Brandenburg hat Platz und
699 Industrieerfahrung. In Brandenburger Industrieparks können Anlagen skaliert und erprobt
700 werden.

701 Berlin zur Games-Hauptstadt machen

702 Wir wollen Berlin als Games-Hauptstadt stärken, denn Games sind ein wichtiger Teil der
703 Kultur- und Kreativwirtschaft sowie Vorreiter der Digitalisierung. Wir stärken die
704 Bildungsangebote und Ausbildungswege im Games-Bereich. Die Rahmenbedingungen zur Entwicklung
705 und Vermarktung kleiner wie großer Games aus Berlin wollen wir fördern, auch durch neue
706 Messe-Formate, und die Branche bei einer nachhaltigeren Entwicklung unterstützen. In diesem
707 Sinne werden wir das House Of Games zum Ort auch für Berliner Studios und Teams machen und
708 in Zusammenarbeit etwa mit dem Computerspielmuseum als Kulturort etablieren. Zur gezielten
709 Prävention von Sucht- und Extremismusgefahren durch Games fördern wir Medienkompetenz-
710 Angebote für Jugendliche und Erwachsene. Games und interaktive Medien (XR) fördern wir für
711 die Nutzung in Schulen, Museen und anderen Bildungseinrichtungen. Games finden insbesondere
712 auch analog statt: Wir möchten gemeinwohlorientierte Orte zum Spielen (auch für Brett- und
713 Kartenspiele), Soundtracks-Konzerte und den E-Sport stärken.

714 3.3. Faire Arbeit – Herausforderungen der Zukunft begegnen

715 Die Arbeitswelt verändert sich rasant: Demografischer Wandel, technologischer Fortschritt,
716 die Herausforderungen des Klimawandels und globale Krisen und Kriege sind enorme Umbrüche
717 und stellen uns vor große Herausforderungen. Arbeitsmodelle werden flexibler, individueller
718 und digitaler – gleichzeitig steigen die Anforderungen an Qualifikation, Zusammenarbeit und
719 Anpassungsfähigkeit. Digitalisierung und Künstliche Intelligenz verschieben Kompetenzprofile
720 grundlegend, während der demografische Wandel neue Lücken am Arbeitsmarkt aufreißt. Zugleich
721 zeigt die Wissenschaft: Gute Arbeitsbedingungen sind entscheidend für mentale sowie
722 körperliche Gesundheit – und damit für die Leistungsfähigkeit unserer gesamten Gesellschaft.
723 Wir schützen Arbeitnehmer*innen vor Diskriminierung und haben dazu die "Fachstelle
724 Arbeitsmarkt und Antidiskriminierung" auf den Weg gebracht. Damit unterstützen wir auch
725 Arbeitgeber*innen und AGG-Beschwerdestellen mit entsprechenden Angeboten, für ein
726 diskriminierungssensibles Arbeitsumfeld zu sorgen. Wir werden dafür Sorge tragen, dass
727 wirkungsvolle Diversitymaßnahmen in der Privatwirtschaft verankert und ausgebaut werden.
728 Gewerblich genutzte KI-Anwendungen und automatisierte Entscheidungssysteme dürfen nicht zu
729 ungerechten und diskriminierenden Ergebnissen führen.

730 Unsere Aufgabe ist es, diesen Wandel aktiv zu gestalten: durch klare politische Leitplanken,
 731 eine vorausschauende Qualifizierungsstrategie und Rahmenbedingungen, die Innovation
 732 ermöglichen und zugleich soziale Sicherheit und Teilhabe garantieren. So machen wir
 733 Bündnisgrüne die Transformation der Arbeitswelt zu einer Chance – für Beschäftigte,
 734 Unternehmen und die Stadtgesellschaft.

735 Fachkräftestrategie entwickeln und Ausbildungsbedingungen verbessern

736 Der demografische Wandel verschärft auch in Berlin die Ausbildungs- und Fachkräftesituation.
 737 Zu viele Ausbildungen werden abgebrochen, und Angebot und Nachfrage passen nicht zusammen.
 738 Wir setzen auf gute Ausbildungsbedingungen, weniger Abbrüche und eine verlässliche
 739 Fachkräftestrategie. Denn die Auszubildenden von heute sind die Fachkräfte von morgen. Ihre
 740 Verfügbarkeit entscheidet über den wirtschaftlichen Erfolg Berlins – und über das
 741 Funktionieren unseres Gemeinwesens.

742 Um den Fachkräftemangel bekämpfen zu können, werden wir Bündnisgrüne eine
 743 Fachkräftestrategie für Berlin entwickeln, die insbesondere die Erwerbspotenziale von Frauen
 744 sowie von Menschen mit Migrations- und Fluchtgeschichte und mit Rassismus-Erfahrung stärkt.
 745 Maßnahmen zur Gleichstellung und Vereinbarkeit von Familie, Pflege und Beruf sind dabei
 746 nicht nur ein Beitrag zur Fachkräftesicherung, sondern zahlen langfristig auch auf geringere
 747 Altersarmut und mehr Selbstbestimmung ein. Menschen in Langzeiterwerbslosigkeit wollen wir
 748 mit Coaching, Weiterbildung und sinnstiftenden Beschäftigungsmöglichkeiten Perspektiven
 749 aufzeigen.

750 Neben guten Arbeitsbedingungen braucht es für eine gelungene Arbeits- und
 751 Fachkräftesicherung sowie Fachkräftenwerbung auch bezahlbaren Wohnraum und verlässliche
 752 Mobilitätsangebote. Mit dem Ausbau des Beratungsangebotes des Berliner Willkommenszentrums,
 753 auch für internationale Fachkräfte, der Kooperation mit Migrant*innenorganisationen und
 754 vereinfachten und transparenten Anerkennungsverfahren, zum Beispiel für nicht-akademische
 755 Berufe – analog zu den Regelungen für akademische – wollen wir Hürden abbauen, einen echten
 756 One-Stop-Shop etablieren und die bildungsadäquate Beschäftigung von Menschen mit Migrations-
 757 und Fluchtgeschichte gezielt fördern. Die Übernahme der Kosten für das Anerkennungsverfahren
 758 wollen wir ausweiten, um Fachkräften den Einstieg in den Arbeitsmarkt zu erleichtern.

759 Egal, ob Menschen als Arbeitskräfte einwandern oder aufgrund eines Asylgesuchs hier sind -
 760 sie alle bringen Potenziale mit, auch wenn Sprachkenntnisse oder Ausbildungen noch erworben
 761 werden müssen; wir wollen, dass alle hier Teil unserer Gesellschaft sein können. Dazu setzen
 762 wir uns beispielsweise auch auf Bundesebene dafür ein, dass Asylbewerber*innen ab Tag eins
 763 arbeiten dürfen. Klar ist auch: Familie gehört zusammen. Nur wer von Anfang an mit seiner
 764 Familie kommen darf, bleibt, arbeitet und gestaltet diese Stadt mit. Deshalb darf der
 765 Familien- und Ehegattennachzug von Fachkräften nicht an Sprachnachweisen vor der Einreise
 766 scheitern. Sie müssen nach der Einreise mit kostenfreien Kursen, echter Lernzeit und
 767 struktureller Unterstützung erworben werden können, damit Familien nicht getrennt werden und
 768 Ankommen gemeinsam möglich ist. Den Runden Tisch für Klimaberufe werden wir stärken, um die
 769 Berufsbilder der sozial-ökologischen Transformation sichtbar zu machen. Um frühzeitiges
 770 Ausscheiden aus dem Erwerbsleben zu verhindern, setzen wir auf lebensphasengerechte Arbeits-
 771 und Arbeitsplatzgestaltung sowie auf flexible Arbeitszeitmodelle. In diesem Zusammenhang
 772 begrüßen wir koordinierte Vorhaben zu Ausbildung und Anwerbung internationaler Fachkräfte,
 773 die zur Qualifizierung junger Menschen im Ausland beitragen und eine faire und sichere
 774 Vermittlung an Ausbildungsbetriebe in Berlin ermöglichen wollen, wie z.B. das geplante
 775 Ausbildungszentrum der IHK Berlin in unserer Partnerstadt Windhoek, Namibia. Für uns ist
 776 dabei unverzichtbar, das Auszubildende im In- und Ausland eine adäquate und gleichwertige

777 Ausbildungsvergütung erhalten. Diskriminierende Praktiken, die für Auszubildende finanzielle
778 Unsicherheit bedeuten, einen sog. brain drain befördern und den Ausbildungsstandort Berlin
779 gefährden, lehnen wir entschieden ab.

780 Faire Standards für die Anwerbung und Vermittlung von internationalen Auszubildenden und
781 Fachkräften müssen zwingend auch Teil einer Berliner Fachkräftestrategie sein. Uns besorgen
782 die zahlreichen Berichte über Auszubildende aus Drittstaaten, die ihre Ausbildung in Berlin
783 vorzeitig abbrechen und für die Ausbildungszentren nicht mehr auffindbar sind. Wir müssen
784 der Gefahr von Ausbeutung und Menschenhandel im Kontext internationaler Arbeitsmigration
785 entschieden entgegenwirken. Wir sagen den zweifelhaften Geschäftspraktiken privater
786 Vermittlungsagenturen den Kampf an. Gemeinsam mit Bund, Ländern, der Bundesagentur für
787 Arbeit und den Gewerkschaften und Kammern wollen wir uns für geprüfte, faire und sichere
788 Anwerbe- und Vermittlungspraktiken einsetzen. Ein wichtiges Instrument ist dabei die
789 mehrsprachige Information der Zielgruppe über social media, damit sie frühzeitig gut über
790 die regulären Verfahren und ihre Rechte informieren.

791 Wir Grüne machen uns für die Einführung einer solidarischen Ausbildungsplatzumlage stark und
792 wollen gute Arbeitsbedingungen und faire Vergütung während der Ausbildung gewährleisten.
793 Angebote des Ausbildungswohnens sollen mit Hilfe eines Azubiwerkes gestärkt werden. Um mehr
794 Menschen eine Ausbildung zu ermöglichen, braucht es umfassende Beratungsangebote,
795 ausreichend Plätze für assistierte Ausbildung, Angebote von Ausbildung in Teilzeit sowie
796 erleichterte Zugänge und individualisierte Förderangebote für geflüchtete und zugewanderte
797 Menschen. Wir wollen berufliche Ausbildung als eine echte Alternative zum Studium stärken.
798 Menschen mit Behinderung wollen wir mit dem Landesprogramm „Ausbildung inklusiv“ verstärkt
799 Zugang zum ersten Arbeitsmarkt ermöglichen.

800 Als Land mit fairen und verlässlichen Arbeitsmodellen vorangehen

801 Schon heute erproben viele Unternehmen flexible Arbeitszeitmodelle, um ihren Personalbedarf
802 besser zu decken. Wir Grüne wollen, dass die landeseigenen Unternehmen und die Berliner
803 Verwaltung hier eine Vorreiterrolle übernehmen – und damit ihre Attraktivität als
804 Arbeitgeber deutlich steigern.

805 Für uns haben Tariftreue und „Gute Arbeit“ im öffentlichen Sektor oberste Priorität. Sei es
806 im öffentlichen Dienst, in den landeseigenen Unternehmen wie auch bei von ihnen vergebenen
807 Aufträgen. Ausgliederte Unternehmen der landeseigenen Betriebe wollen wir schrittweise
808 wieder in die Muttergesellschaften integrieren und tarifgebundene Beschäftigung sichern. Wir
809 fördern aktiv die Gründung von Betriebsräten in allen Landesunternehmen. Die Schere zwischen
810 Arm und Reich geht in Berlin immer weiter auseinander. Das Land Berlin muss dort, wo es als
811 Arbeitgeber oder bei der Auftragsvergabe Einfluss hat, Verantwortung übernehmen und dazu
812 beitragen, dass diese Entwicklung nicht ungebrems weitergeht, sondern für gerechte
813 Lohnverteilung eintreten. Wir werden deshalb alle landespolitischen Möglichkeiten
814 ausschöpfen, für eine gerechtere Lohnverteilung zu kämpfen. Den Landesmindestlohn wollen wir
815 deshalb armutsfest im Sinne der EU-Mindestlohnrichtlinie auf mindestens 16,50 Euro anheben
816 und Tarifsteigerungen bei den Zuwendungsempfänger*innen refinanzieren. Bei landeseigenen
817 Unternehmen werden wir gleichzeitig einen Maximallohn (inklusive aller Boni) in Höhe des
818 Zehnfachen des Landesmindestlohns einführen.

819 Berlin lebt auch von seiner Kreativszene, doch viele Kreative, Künstler*innen und
820 Kulturschaffende arbeiten unter prekären Bedingungen und werden nicht angemessen an den
821 Erlösen ihrer Werke beteiligt. Wir setzen uns für Verlässlichkeit, faire Rahmenbedingungen
822 und eine angemessene Vergütung ein.

823 Gerade internationale, digitale Plattformen, Produzent*innen, Streamingdienste und Verlage
824 profitieren von der gut ausgebildeten, kreativen Szene in Berlin und schöpfen die Gewinne
825 ab. Sie lenken ihre Erlöse in Steueroasen um, ohne Berliner Mitarbeitende und Urheber*innen
826 angemessen zu beteiligen oder auf die hier erlösten Umsätze auch hier Steuern zu zahlen.
827 Zusätzlich profitieren sie von Subventionen, etwa Filmförderung oder vergünstigten Mieten.
828 Wir werden dafür arbeiten, dass zwischen Kreativen und Verwerter*innen Augenhöhe hergestellt
829 wird.

830 Aus Künstlicher Intelligenz intelligente Standortpolitik machen

831 Der Paradigmenwechsel, der durch die flächendeckende Durchdringung aller Arbeitsbereiche mit
832 den diversen KI-Modellen entsteht, verschiebt Wertschöpfungsketten, erhöht Abhängigkeiten
833 und zerstört Existenzen. Wir werden einen Schwerpunkt auf die Wahrung der
834 Persönlichkeitsrechte, der Urheberrechte, der Nutzungsrechte und der angemessenen
835 Beteiligung an den Erlösen dieser neuen Geschäftsmodelle legen. Wir werden die Regulierung
836 forcieren, etwa im Bereich Medien durch die gezielte Stärkung der Aufsichtsbehörde, der
837 Medienanstalt Berlin Brandenburg und in die generationsübergreifende Stärkung der
838 Medienkompetenz investieren. Eine höhere Resilienz gegenüber Manipulation, FakeNews und
839 Ausbeutung ist gleichzeitig essentiell für die Stärkung unserer Demokratie.

840 Niedriglöhnen entgegenwirken und Beschäftigte stärken

841 Gleichzeitig bleibt der Niedriglohnsektor ein Problem: in Berlin sind überdurchschnittlich
842 viele, gerade auch migrantische, Menschen befristet beschäftigt oder als Solo-Selbstständige
843 in prekären Verhältnissen tätig - egal, ob in der Gastronomie, Logistik, Kreativwirtschaft,
844 bei StartUps oder im Dienstleistungsgewerbe. Durch Auslagerungen werden Tarifarbeitsplätze
845 in den Niedriglohnsektor verschoben, vielfach gilt nicht „gleicher Lohn für gleiche Arbeit“.
846 Diesem Trend wollen wir entschieden entgegenwirken.

847 In enger Kooperation mit den Gewerkschaften werden wir eine Arbeitnehmer*innenkammer nach
848 Bremer Vorbild einrichten und damit allen in Berlin beschäftigten Menschen eine starke
849 gesetzliche Interessenvertretung ermöglichen. Sie soll gemeinsam mit den Gewerkschaften die
850 Interessen der Beschäftigten gegenüber den Unternehmen und der Politik vertreten und allen
851 Arbeitnehmenden ein umfassendes Beratungsangebot bieten. Damit erreichen wir auch Menschen,
852 deren Rechte bisher kaum vertreten wurden. Dazu gehören insbesondere Arbeitnehmende im
853 Niedriglohnsektor und in prekärer Beschäftigung.

854 Wir Grüne setzen uns gegen Ausbeutung durch die Förderung der scheinselfständigen
855 Beschäftigung durch das Land ein: Daueraufgaben an Hochschulen, Musikschulen,
856 Volkshochschulen oder Gedenkstätten gehören in reguläre Beschäftigungsverhältnisse.

857 Aus dem Herrenberg-Urteil werden die richtigen Konsequenzen gezogen: An den Musikschulen
858 wird die 2025 angefangene Erweiterung der Zahl der Anstellungen entschieden fortgesetzt. An
859 den Volkshochschulen wird das Drei-Säule-Konzept umgesetzt: dies bedeutet a)
860 Festanstellungen, besonders im DaF/DaZ-Bereich und in der Grundbildung, b) die Einhaltung
861 der erreichten Sozialabsicherung für die festen Freien und c) die Beteiligung des Landes an
862 den Sozialversicherungsbeiträgen auch für die freien Freien. Wie an der VHS-Essen werden den
863 dort aktiven Lehrkräften die Stellen, auf denen sie freiberuflich arbeiten, ohne
864 Ausschreibung angeboten. In diesem Prozess werden die gewählten Vertretungen der
865 Dozent:innen und die Gewerkschaft einbezogen.

866 Auch den Selbständigen, die in anderen Bereichen, besonders an den Hochschulen und an den
867 Gedenkstätten, Daueraufgaben ausfüllen, werden Stellen angeboten. Für die
868 Soloselbstständigen werden in den einzelnen Branchen Musterverträge entwickelt.

869 Gleichstellung und Vereinbarkeit am Arbeitsplatz vorantreiben

870 Viele Berliner*innen leiden unter dem Spagat zwischen Lohn- und Sorgearbeit. Wir
871 Bündnisgrüne wollen die Vereinbarkeit von Beruf und Sorgearbeit verbessern, indem wir dafür
872 sorgen, dass Kinder in Kitas und Horten bedarfsorientiert betreut werden, sodass Eltern ohne
873 zusätzlichen Stress ihrem Beruf nachgehen können. Wir wollen Arbeitgeber*innen unterstützen,
874 wenn sie Betriebskitas eröffnen, und Eltern besser über die Angebote der ergänzenden
875 Betreuung außerhalb von Kita- und Hortöffnungszeiten informieren; diese wollen wir
876 insbesondere für Alleinerziehende und Eltern in Schichtarbeit ausweiten. Auch die Beratung
877 für pflegende Angehörige wollen wir ausbauen.

878 Wir werden die Gleichstellung vorantreiben. Frauen bekommen nach wie vor sechs Prozent
879 weniger als ihre männlichen Kollegen für die gleiche Arbeit. Das nehmen wir nicht hin und
880 setzen uns weiterhin für Lohngerechtigkeit ein. Wir wollen einen Equal-Pay-Bericht über die
881 Berliner Verwaltung und die landeseigenen Betriebe erstellen, um gleiche Bezahlung in allen
882 Ressorts und landeseigenen Betrieben voranzutreiben. Die landeseigenen Unternehmen wollen wir
883 weiterhin zu Maßnahmen zur Förderung von Gleichstellung und Diversität verpflichten, bis der
884 Frauenanteil in Führungspositionen bei 50 Prozent liegt. Insbesondere in technischen
885 Berufen, in denen Frauen unterrepräsentiert sind, wollen wir bereits im Rahmen der
886 beruflichen Orientierung an Schulen darauf hinwirken, dass sich mehr Frauen für diese Berufe
887 entscheiden, und sie durch gezielte Förderprogramme in Ausbildung und Studium unterstützen.

888 Neue Entwicklungen des Arbeitsmarkts ernst nehmen

889 Die Zahl der Menschen, die ihre Arbeitskraft auf digitalen Plattformen anbieten, wird weiter
890 steigen. Doch Arbeitsschutz, auskömmliche Entlohnung, Versicherungsschutz und Möglichkeiten
891 zur Selbstorganisation sind im Bereich der Rider- und Plattformarbeit teilweise
892 katastrophal. Für Plattformbeschäftigte – insbesondere Rider – schaffen wir deshalb ein
893 mehrsprachiges Beratungs- und Informationsangebot zum Arbeitsrecht und unterstützen zusammen
894 mit den Gewerkschaften ihre innerbetriebliche Selbstorganisation. Illegale Praktiken werden
895 wir konsequent strafrechtlich verfolgen. Die zuständigen Mitarbeitenden des Landesamtes für
896 Arbeitsschutz werden wir weiterqualifizieren. Gleichzeitig wollen wir sicherstellen, dass
897 Menschen, die bei ihrer Arbeit Wind und Wetter ausgesetzt sind, Zugang zu öffentlichen
898 Erholungsräumen erhalten und Schutz vor Hitze finden. Auf Bundesebene werden wir uns für ein
899 branchenspezifisches Direktanstellungsgebot einsetzen.

900 Die digitale Transformation – insbesondere der Einsatz von Künstlicher Intelligenz –
901 verändert unsere Arbeitswelt grundlegend. Berufsbilder wandeln sich, viele Aufgaben werden
902 effizienter, doch Qualitätskontrolle und digitale Kompetenzen wie Prompting gewinnen an
903 Bedeutung. Wir Bündnisgrüne nehmen die Sorgen vieler Berliner*innen ernst, die sich fragen,
904 was diese Entwicklung für ihre Arbeitsplätze und Branchen bedeutet. Unser Ziel ist, diesen
905 Wandel aktiv zu gestalten – nicht ihm hinterherzulaufen. Dazu starten wir eine
906 Qualifizierungsoffensive: Gemeinsam mit Unternehmen und Sozialpartner*innen wollen wir die
907 Menschen mit passenden Aus- und individuell-berufsbezogenen Weiterbildungsangeboten
908 unterstützen. Dazu wird auch die Anerkennung von Weiterbildungsveranstaltungen zur
909 Bildungszeit vereinfacht: statt für jeden Kurs einzeln die Anerkennung zu beantragen, wird
910 der ganze Veranstalter geprüft und anerkannt. Ist eine Veranstaltung bereits in einem
911 anderen Bundesland anerkannt, kann diese übernommen werden. So schaffen wir neue Chancen für

912 Beschäftigte und Betriebe. Gleichzeitig unterstützen wir Berliner Unternehmen dabei,
913 Künstliche Intelligenz und neue Technologien sinnvoll, sicher und ressourceneffizient
914 einzusetzen.

915 Voraussetzung dafür ist, dass Produktivitätsgewinne durch Künstliche Intelligenz nicht nur
916 Unternehmensgewinne steigern, sondern auch den Beschäftigten zugutekommen, z.B. durch
917 kürzere Arbeitszeiten bei vollem Lohnausgleich oder bessere Arbeitsbedingungen. Zudem dürfen
918 KI-Systeme keine Diskriminierung reproduzieren, etwa bei Bewerbungen oder
919 Leistungsbewertungen. Deshalb setzen wir uns dafür ein, dass Berliner Unternehmen KI-Systeme
920 insbesondere in diesen sensiblen Bereichen nur nach erfolgreicher Prüfung auf systematische
921 Benachteiligung und algorithmischer Diskriminierung unter strengen Auflagen einsetzen.

922 Unser Grundsatz ist klar: Niemand darf durch den technologischen Wandel abgehängt werden.
923 Wer betroffen ist, braucht Perspektiven, Begleitung und konkrete Unterstützung. Außerdem
924 wollen wir die Nutzung heimischer/europäischer Systeme gezielt unterstützen, um gefährliche
925 Abhängigkeiten von außereuropäischen Anbietern zu reduzieren.

926 Schutz vor Arbeitsausbeutung und Menschenhandel sicherstellen

927 Berliner Baustellen, Betriebe, Essenslieferdienste und andere Arbeitsorte sind auch Tatorte
928 von Arbeitsausbeutung und Menschenhandel. Arbeitsausbeutung ist kein Randphänomen, sondern
929 ein hochprofitables Geschäftsmodell, das von mangelnden Kontrollen, unklaren Zuständigkeiten
930 und der Angst Betroffener vor Behörden lebt. Wir Bündnisgrüne wollen Arbeitsausbeutung und
931 Menschenhandel wirksam bekämpfen und den Schutz der Betroffenen in den Mittelpunkt
932 stellen. Dafür stärken wir die Kontrolldichte und verbessern die Zusammenarbeit von
933 Landesbehörden, Bezirken, Zoll, Finanzkontrolle Schwarzarbeit und spezialisierten
934 Fachberatungsstellen. Ziel ist es, Betroffene frühzeitig zu identifizieren, zu schützen und
935 konsequent aus ausbeuterischen Strukturen herauszulösen. Betroffene von Arbeitsausbeutung
936 dürfen nicht kriminalisiert oder als „illegale Beschäftigte“ behandelt werden.

937 Die bestehenden Zugänge zu Sozialleistungen und die Arbeitnehmer*innenfreizügigkeit von EU-
938 Bürger*innen stellen wir nicht in Frage. Wir setzen auf verbindliche Fortbildungen für
939 Behörden und Kontrollinstanzen zu Trauma, Opferschutz und Menschenhandel und sorgen für
940 klare Weiterverweisungsstrukturen zu Beratung, medizinischer Versorgung und
941 Rechtsdurchsetzung. Mit Schutzwohnungen, niedrigschwelligen Informationen, kostenfreier
942 Rechtsberatung, aufenthaltsrechtlicher Absicherung unterstützen wir Betroffene dabei ihre
943 Rechte wahrzunehmen und Rechtsverfahren durchzustehen ohne Angst vor Abschiebung. Dazu
944 gehört auch eine ausreichende Zahl an Mitarbeiter*innen, um die Beachtung der
945 Kernarbeitsnormen der Internationalen Arbeitsorganisation (ILO) sicherzustellen. So
946 entziehen wir ausbeuterischen Geschäftsmodellen die Grundlage und stärken zugleich
947 Rechtsstaatlichkeit und fairen Wettbewerb. Die Arbeitnehmer*innenkammer soll hierbei eine
948 entscheidende Rolle übernehmen. Schutz und Unterstützung müssen dabei unabhängig von der
949 Aussagebereitschaft in Strafverfahren erfolgen, damit Betroffene nicht gezwungen sind,
950 zwischen Sicherheit und Kooperation zu wählen.

951 3.4. Einzigartige Wissenschaft – Attraktivität für Forschung und 952 Lehre

953 Der Wissenschaftsstandort Berlin ist mit 13 Hochschulen und über 70 außeruniversitären
954 Forschungseinrichtungen einzigartig und besitzt internationale Strahlkraft. Hier wird
955 geforscht, gelehrt und Zukunft aktiv mitgestaltet. Dies gilt es auch nachhaltig zu sichern
956 und zu stärken. In unserer Vision ist Berlin eine Hauptstadt der Wissenschaft, die durch die

957 beste Forschungsinfrastruktur, anregende und innovative Lehre und faire
 958 Beschäftigungsbedingungen ein Magnet für Studierende und Forschende aus aller Welt bleibt.
 959 Um dieses Ziel zu erreichen, braucht es auch einen respektvollen Dialog auf Augenhöhe
 960 zwischen dem Land Berlin und allen Akteur*innen der Berliner Wissenschaftslandschaft sowie
 961 eine planungssichere Finanzierung für Hochschulen, außeruniversitäre Forschungseinrichtungen
 962 sowie die Menschen, die hier arbeiten.

963 Dies wollen wir vor allem durch belastbare, langfristig geltende Hochschulverträge als
 964 zentrales Steuerungsinstrument der Wissenschaftspolitik des Landes realisieren. Die Berliner
 965 Lehr- und Forschungsstätten werden zu geschlechter- und diversitätssensiblen Orten, in denen
 966 kritisches Denken gefördert wird sowie zukunftsweisende Innovationen erforscht und zusammen
 967 mit einer starken regionalen Wirtschaft und Zivilgesellschaft umgesetzt werden - für eine
 968 resiliente Gesellschaft, die auf eine evidenzbasierte Wissenschaft vertrauen kann.

969 Im Moment bröckelt dieses Fundament: Die Hochschulverträge wurden vom Senat aufgekündigt,
 970 das Verhältnis zu den Hochschulen ist nicht zuletzt durch die massiven Haushaltskürzungen
 971 und die fehlende Zusammenarbeit zerrüttet.

972 Für die Mitglieder der Hochschulen bedeutet dies, dass viele in den Hochschulverträgen der
 973 letzten Jahre angestoßenen Verbesserungen wieder abgeschafft werden: Dauerstellen werden
 974 gekürzt, Kettenbefristungen bleiben die Regel, Karriereperspektiven bleiben unsicher und
 975 Beratungsstrukturen werden zurückgefahren. Die aktuellen Kürzungen versperren einer ganzen
 976 Generation an Absolvent*innen den Zugang in die Wissenschaft, da Einstellungsstopps drohen
 977 und wer in der Wissenschaft bleiben will, ist abhängig von den wenigen Fachgebieten, die
 978 noch eine Stelle anbieten können. Das alles begünstigt Machtmissbrauch im
 979 Wissenschaftssystem, welcher insbesondere gesellschaftlich ohnehin benachteiligte Gruppen
 980 trifft. Unser Ziel ist es, diese Herausforderungen wieder anzugehen und Berlin als
 981 Wissenschaftsmetropole und Innovationstreiberin für die Zukunft zu sichern.

982 Vertrauen in Wissenschaftspolitik wiederherstellen

983 Für uns Bündnisgrüne ist im Interesse einer zukunftsweisenden Forschungslandschaft ein
 984 klares Bekenntnis zur Wissenschaftsfreiheit und zur Autonomie der Berliner Hochschulen von
 985 zentraler Bedeutung. Deshalb wollen wir Hochschulverträge künftig in einem partizipativen
 986 Prozess mit den Hochschulen, unter Einbeziehung ihrer Gremien, neugestalten, die
 987 Finanzierung verlässlich erhöhen und so nachhaltig wieder auf rechtlich sichere Füße
 988 stellen, um auch langfristige Planungssicherheit zu gewährleisten, Kostensteigerungen
 989 abzufedern und verlorenes Vertrauen wiederherzustellen. Wir wollen einen transparenten,
 990 partizipativen Dialog zwischen Hochschulen, Forschungseinrichtungen und Senat, um die
 991 Qualität von Studium, Lehre, Forschung und Transfer auch in Zukunft zu sichern. Die
 992 Wissenschaftsinfrastruktur unserer Stadt braucht eine entschlossene Sanierungs- und
 993 Modernisierungsoffensive, um unsere Hörsäle, Labore und Bibliotheken klimagerecht,
 994 barrierefrei und digital auf den neuesten Stand zu bringen.

995 Gleichzeitig entbürokratisieren wir Verwaltung und Forschung und schaffen so mehr Raum für
 996 Innovation. Wir setzen in der Hochschulverwaltung konsequent auf quelloffene Software, um
 997 Abhängigkeiten zu reduzieren, und führen ein zentrales, einheitliches Campusmanagementsystem
 998 ein, das konsequent nutzerfreundlich (UX), barrierearm und mobil nutzbar ist. Nach dem
 999 Sicherheitsvorfall an einer Berliner Hochschule stärken wir die IT-Sicherheit an allen
 1000 Hochschulen durch verbindliche Mindeststandards, regelmäßige Tests und eine landesweite
 1001 Incident-Response-Struktur. So verbessern wir Service, Sicherheit und Zukunftskompetenzen im
 1002 Wissenschaftsstandort Berlin. Berlin muss wieder zur Vorreiterin für attraktive akademische
 1003 Karrieremodelle werden, die insbesondere auch Wissenschaftler*innen in frühen Karrierephasen

1004 Planungssicherheit und Raum für die eigene wissenschaftliche Arbeit bieten. Wir wollen eine
1005 verfassungskonforme gesetzliche Grundlage schaffen, um den Anteil festangestellter
1006 Wissenschaftler*innen, insbesondere Postdocs, deutlich zu erhöhen.

1007 Die Situation von Lehrbeauftragten wollen wir verbessern; dies betrifft sowohl die Bezahlung
1008 als auch die Arbeitsbedingungen an den Hochschulen. Für uns ist aber klar, Daueraufgaben
1009 dürfen nur von Beschäftigten der Hochschule übernommen werden. Berliner Hochschulen müssen
1010 als Arbeitgeber*innen in Lehre und Forschung weltweit attraktiv bleiben. Deshalb führen wir
1011 mit den Hochschulen einen strukturierten und verbindlichen Dialog zum Abbau von Befristungen
1012 und schaffen Anreize für die Schaffung von deutlich mehr Dauerstellen an den Berliner
1013 Hochschulen.

1014 Auch für Studierende darf das Arbeiten in der Wissenschaft kein Privileg sein: Deshalb
1015 unterstützen wir ausdrücklich den längst überfälligen Neuabschluss eines Tarifvertrags für
1016 studentisch Beschäftigte, der es grundsätzlich allen Studierenden ermöglicht, unabhängig vom
1017 sozioökonomischen Hintergrund, in der Wissenschaft zu arbeiten und davon leben zu können.
1018 Zusätzlich setzen wir und auf Bundesebene für einen Tarifvertrag für die studentischen
1019 Beschäftigten an den Hochschulen (TV-Stud) ein. Wir Grüne wollen die Etablierung flacher
1020 Hierarchien und moderner Organisationsmodelle, beispielsweise in Form von Departments,
1021 stärker unterstützen.

1022 Digitale Souveränität in Bildung und Wissenschaft stärken

1023 Wir reduzieren Abhängigkeiten von proprietären, außereuropäischen Plattformen in Schulen und
1024 Hochschulen und stärken Datenschutz, pädagogische Freiheit und wissenschaftliche
1025 Unabhängigkeit. Dafür setzen wir auf europäische, gemeinwohlorientierte und quelloffene
1026 Lösungen sowie offene Standards – auch beim Einsatz von KI-Systemen. Wir fördern den
1027 schrittweisen Umstieg in Zusammenarbeit mit ZenDiS sowie im Rahmen von NFDI und europäischer
1028 KI-Forschung. Digitale Souveränität, Medienkompetenz und KI-Verständnis werden verbindlich
1029 in Curricula verankert. Für öffentlich finanzierte Bildungs- und Forschungssoftware gilt:
1030 Public Money, Public Code. Wir Grüne wollen die Etablierung flacher Hierarchien und moderner
1031 Organisationsmodelle, beispielsweise in Form von Departments, stärker unterstützen.

1032 Gesellschaftliche Bedeutung der Hochschulen verteidigen

1033 Hochschulen haben eine Vorbildfunktion als Impulsgeberinnen für gesellschaftliche
1034 Entwicklungen und soziale Integration. Deshalb setzen wir uns weiterhin für
1035 geschlechtergerechte Hochschulen und für die institutionelle Etablierung und
1036 Weiterentwicklung von Diversitätsbeauftragten an allen Hochschulen und außeruniversitären
1037 Forschungseinrichtungen ein, die Diversität fördern und Betroffene von Diskriminierung
1038 empowern und beraten. Gleichzeitig wollen wir uns dafür starkmachen, dass Lehrende und
1039 Forschende für Diversitätsthemen sensibilisiert und diesbezüglich fortgebildet werden. Wir
1040 wollen Maßnahmen gegen Machtmissbrauch an Hochschulen und Forschungseinrichtungen stärken,
1041 Abhängigkeiten, insbesondere während der Qualifizierung, abbauen und unabhängige
1042 Unterstützungsstrukturen ausbauen.

1043 Hierbei wollen wir auch eine Verankerung im Hochschulgesetz prüfen. Wir entwickeln das
1044 Berliner Chancengleichheitsprogramm weiter und verstärken die Finanzierung. Unser Ziel ist
1045 weiterhin die paritätische Besetzung von Professuren und Leitungspositionen mit Frauen und
1046 die Ermöglichung eines nachhaltigen, feministischen Kulturwandels in allen Bereichen der
1047 Wissenschaft auch unterhalb der Professur. Dadurch gestalten wir längerfristig Studien- und

1048 Arbeitsbedingungen, in denen Barrieren abgebaut und unsere Hochschulen und
1049 Forschungseinrichtungen Orte für alle Menschen werden.

1050 Angesichts zunehmender antidemokratischer Bewegungen und Einflüsse wollen wir Bündnisgrüne
1051 Berlin zum führenden Forschungsstandort für demokratische Resilienz machen – von der
1052 Grundlagen- bis zur angewandten Forschung. Dazu gehören unter anderem die Verstetigung des
1053 Weizenbaum-Instituts für die vernetzte Gesellschaft, der Ausbau der Forschung zu digitaler
1054 Informationssouveränität, beispielsweise bezogen auf den Umgang mit Deep Fakes, digitaler
1055 Hassrede, insbesondere gegenüber FLINTA*-Forschenden, oder der Verbreitung von
1056 Verschwörungserzählungen, sowie der Ausbau von niedrigschwelligen Kooperationen mit Staaten,
1057 in denen demokratische und liberale Freiheiten bedroht sind. Gleichzeitig wollen wir
1058 Initiativen zur Aufnahme bedrohter Wissenschaftler*innen und Studierender stärken und
1059 ausbauen.

1060 Dazu gehört auch, dass wir die digitale Souveränität in Bildung und Wissenschaft stärken
1061 wollen. Wir reduzieren Abhängigkeiten von proprietären, außereuropäischen Plattformen in
1062 Schulen und Hochschulen und stärken Datenschutz, pädagogische Freiheit und wissenschaftliche
1063 Unabhängigkeit. Dafür setzen wir auf europäische, gemeinwohlorientierte und quelloffene
1064 Lösungen sowie offene Standards – auch beim Einsatz von KI-Systemen.

1065 Potenziale des Wissenschaftsstandorts ausschöpfen

1066 Mit der Charité haben wir einen weltweit führenden Standort der Universitätsmedizin und ein
1067 einmaliges Ökosystem der Gesundheitsforschung im Herzen unserer Stadt. Sie wollen wir
1068 stärken und die Translation unterstützen, damit neue Erkenntnisse aus der Forschung noch
1069 besser zum Wohle der Patient*innen in die praktische Anwendung kommen. Berlins
1070 Vorreiterinnenrolle bei der Erforschung und Etablierung von tierfreien Verfahren als
1071 Alternativen zu Tierversuchen wollen wir ausbauen, damit gezielter neue Behandlungsmethoden
1072 entwickelt werden können

1073 Die Potenziale unserer Forschung für technologische, digitale und soziale Innovationen und
1074 nachhaltige Geschäftsmodelle wollen wir noch besser heben und Berlin als Top-Standort für
1075 Start-ups ausbauen. Innovative Projekte wie die Start-up-Factory UNITE, das
1076 Innovationszentrum FUBIC, das Institut für angewandte Forschung Berlin e.V. (IFAF) der
1077 Hochschulen für angewandte Wissenschaft oder Science & Start-ups der Berlin University
1078 Alliance wollen wir stärken und weiterentwickeln.

1079 3.5. Internationale Metropole – Berlin geopolitisch handlungsfähig 1080 machen

1081 Berlin ist eine Weltstadt und von vielerlei internationalen Bezügen geprägt: Ein großer Teil
1082 der Berliner*innen hat Wurzeln im Ausland und Millionen Menschen besuchen Berlin jedes Jahr
1083 als Tourist*innen. Berliner Privatpersonen, Unternehmen und Einrichtungen pflegen enge
1084 Kontakte ins Ausland. Berlin ist als Hauptstadt Deutschlands diplomatisches Zentrum und für
1085 seine Kulturszene international bekannt. Wir setzen uns dafür ein, dass Berlin eine
1086 weltoffene Stadt bleibt, die den engen Kontakt zu Menschen aus der ganzen Welt sucht und
1087 ermöglicht. Berlin profitiert enorm von europäischen und internationalen Einflüssen – und
1088 beeinflusst Europa und die Welt. Nun kommt es darauf an, enge globale Partnerschaften
1089 fortzusetzen und strategischer auszurichten.

1090 Angesichts der enormen außenpolitischen Herausforderungen muss auch Landespolitik zunehmend
1091 international gedacht werden. Die aktuellen geopolitischen Entwicklungen betreffen Berlin

1092 sehr direkt. Daher muss Berlin sich im globalen Wettstreit zwischen Autokratien und
1093 Demokratien noch entschlossener für seine Werte stark machen, zu einer resilienten und auf
1094 Krisen vorbereiteten Stadt werden und in seine Sicherheit investieren.

1095 Globale Partnerschaften strategisch ausrichtet

1096 Unsere Städtepartnerschaften und globalen Partnerschaften sind lebendige Verbindungen, die
1097 wir strategisch weiterentwickeln. Berlin soll gezielt von bewährten Vorbildern in Europa und
1098 der Welt lernen – etwa von Paris bei modernen Verkehrskonzepten, von Kopenhagen bei
1099 Radverkehr und nachhaltiger Energie, von Kyiv beim Aufbau resilienter Infrastruktur und
1100 Verwaltung oder von Estland bei digitaler Kompetenz. Diese positiven Erfahrungen sollen uns
1101 als Vorbild dienen für eine gelungene Verkehrs- und Energiewende sowie einer Berliner
1102 Resilienzstrategie, die Berlin sicherer und lebenswerter macht. Wir Grüne wollen bestehende
1103 Städtenetzwerke und -partnerschaften auf Landes- und Bezirksebene stärken und stärker auf
1104 Themen mit hohem Lern- und Zukunftspotenzial ausrichten, insbesondere Klima- und
1105 Demokratieschutz, urbane Resilienz sowie grüne und digitale Zukunftstechnologien.
1106 Gleichzeitig wollen wir Städtepartnerschaften für die Berliner*innen sichtbarer machen und
1107 für gemeinsame Projekte nutzen, die den Alltag in unserer Stadt konkret verbessern.

1108 Partnerschaften mit Städten im Globalen Süden wollen wir ausbauen und dabei auch dort aktiv
1109 werden, wo Berlin eigenständig handeln kann, etwa in der subnationalen Klimadiplomatie.
1110 Berlin bekennt sich zu seiner globalen und historischen Verantwortung. Durch faire und
1111 nachhaltige Zusammenarbeit schaffen wir belastbare Partnerschaften insbesondere zur
1112 Aufarbeitung der geteilten Kolonialgeschichte und zur gemeinsamen Bewältigung globaler
1113 Herausforderungen. Die Landesstelle für Entwicklungszusammenarbeit (LEZ) und die Förderung
1114 entwicklungspolitischer Projekte soll gestärkt werden.

1115 Demokratie ins Zentrum internationaler Zusammenarbeit stellen

1116 Budapest, Warschau und Taipei stehen für eine resiliente Zivilgesellschaft, auch hier gilt:
1117 Wir können und wollen voneinander lernen, um unsere Städte gemeinsam lebenswerter zu machen.
1118 Zudem wollen wir den Austausch mit zivilgesellschaftlichen und demokratischen Initiativen,
1119 unter anderem aus Taiwan, und proeuropäischen Bewegungen, insbesondere in der Ukraine, aber
1120 auch in Belarus, Georgien, Ungarn und der Republik Moldau, weiter fördern und verstetigen.
1121 Wir wollen voneinander für eine starke Demokratie lernen und unterstützen. Berlin wird immer
1122 ein Zufluchtsort und eine internationaler Akteurin bleiben und ihrer Verantwortung gegenüber
1123 Menschen, die bei uns Schutz suchen, gerecht werden.

1124 Berlin tritt im Rahmen seiner Partnerstädte auch international für Bürger*innen- und
1125 Menschenrechte ein. Wir wollen, dass unsere Stadt Zugpferd eines globalen Bündnisses
1126 demokratischer Akteure wird. Unsere Stadt hat dafür angesichts der Vielzahl an
1127 zivilgesellschaftlichen Organisationen beste Voraussetzungen. Der Austausch mit ihnen muss
1128 institutionalisiert werden, u. a. mit Runden Tischen. Wir werden das Rainbow Cities Network
1129 weiter ausbauen und versuchen, gerade auch weitere europäische Städte zu gewinnen, die
1130 unsere besondere Solidarität und Unterstützung benötigen. Das beinhaltet auch die
1131 Unterstützung von queeren Communities und queeren zivilgesellschaftlichen Strukturen, die
1132 selbst in Europa durch den rechten Backlash massiv bedroht und in ihren Rechten
1133 eingeschränkt werden.

1134 Berlin muss aber auch besser darin werden, kompetent mit den Risiken internationaler
1135 Zusammenarbeit umzugehen. Die Zusammenarbeit mit Institutionen aus autoritären Systemen
1136 erfordert einen anderen Werkzeugkasten als mit demokratischen Partnern. Die Berliner

1137 Außenwirtschaftsförderung sollte auf De-Risking und Diversifizierung ausgerichtet werden.
1138 Als unmittelbare Maßnahmen vorab werden wir auf Landesebene in Zusammenarbeit mit den
1139 zuständigen Bundes- und Zollbehörden alle Möglichkeiten nutzen, um die Aktivitäten des
1140 „Russischen Hauses“ rasch zu unterbinden.

1141 3.6. Europa und Berlin – eine gemeinsame Geschichte der Freiheit und 1142 des Zusammenwachsens

1143 Die europäische Idee ist tief mit der Geschichte und Identität unserer Stadt verwoben. Die
1144 Freiheit, die diese Stadt in den letzten Jahren geprägt und verändert hat, wäre ohne den
1145 europäischen Integrationsprozess nicht denkbar gewesen. Wir Bündnisgrüne fühlen uns dieser
1146 Idee verpflichtet und setzen uns für ein offenes und gerechtes Europa ein. Konkret wollen
1147 wir enge Beziehungen zu unseren europäischen Nachbar*innen pflegen: über Partnerschaften,
1148 Kooperationen und eine moderne, grenzüberschreitende Infrastruktur, die uns spürbar näher
1149 zusammenbringt. Berlin ist ein Ort, an dem Europa gelebt wird – Tag für Tag, von Menschen
1150 aus allen Teilen unseres Kontinents. Wir wollen sie willkommen heißen, indem wir ihnen
1151 ermöglichen, schnell und mühelos Teil dieser Stadt werden zu können. Dazu gehören
1152 insbesondere die rasche Anerkennung von Ausbildungsabschlüssen und beruflichen
1153 Qualifikationen, eine diskriminierungsfreie Beratung und Betreuung durch die zuständigen
1154 Behörden und ein ausreichendes, praxisorientiertes Angebot an Sprachkursen. In politischer
1155 Verantwortung wollen wir, dass Berlin sich als europäische Akteurin für ein soziales und
1156 klimaneutrales und angesichts aktueller Bedrohungen widerstandsfähiges Europa einsetzt.

1157 Als europäische Städte voneinander lernen

1158 Unsere Städtepartnerschaften sind lebendige Verbindungen, von denen wir lernen und die wir
1159 aktiv gestalten werden. Wir Grüne wollen die vielen bestehenden Städtenetzwerke und -
1160 partnerschaften auf Landes- und Bezirksebene weiter stärken und ihre strategische
1161 Ausrichtung nach Themenfeldern und Lernpotenzialen gezielt vorantreiben: z. B. mit Paris für
1162 moderne Verkehrskonzepte, mit Kopenhagen für Radverkehrsförderung und nachhaltige
1163 Energieversorgung. Diese positiven Erfahrungen sollen uns als Vorbild dienen für eine
1164 gelungene Verkehrs- und Energiewende, die Berlin lebenswerter macht.

1165 Budapest, Kyiv und Istanbul stehen für eine resiliente Zivilgesellschaft, auch hier gilt:
1166 Wir können und wollen voneinander lernen, um unsere Städte gemeinsam lebenswerter zu machen.
1167 Zudem wollen wir den Austausch mit zivilgesellschaftlichen Initiativen und proeuropäischen
1168 Bewegungen, insbesondere mit der Ukraine, aber auch mit Belarus, Georgien, Ungarn und
1169 Moldau, weiter fördern und verstetigen. Berlin wird immer ein Zufluchtsort und
1170 internationaler Akteur bleiben und seiner Verantwortung gegenüber Menschen, die bei uns
1171 Schutz suchen, gerecht werden.

1172 Aktiv und engagiert in Europa mitwirken

1173 Als politische Akteur*innen wollen wir uns engagiert in Brüssel einbringen und uns über die
1174 Landesvertretung sowie den Ausschuss der Regionen für ein faires, soziales und
1175 klimaneutrales Europa einsetzen. Den nächsten EU-Finanzrahmen wollen wir gezielt dafür
1176 nutzen, Berlins Infrastruktur stärker europäisch zu vernetzen, sozialgerechte Maßnahmen für
1177 Klimaschutz und Klimaanpassungen voranzutreiben, sowie Zukunftstechnologien, Forschung und
1178 Innovation zu fördern. Wir setzen uns dafür ein, dass Entscheidungen über den Einsatz der
1179 Mittel in den Regionen getroffen werden – gemeinsam mit den Organisationen, die die Projekte
1180 umsetzen.

1181 Die Europäische Säule sozialer Rechte wollen wir zum Leitprinzip für eine soziale und
 1182 gerechte Stadtgesellschaft machen und ihre Grundsätze in Berlin verbindlich zur Anwendung
 1183 bringen. Dies umfasst Chancengleichheit, den Abbau von Barrieren in allen Bereichen, die
 1184 Sicherung von Zugang zu guten Sozialleistungen und -wohnungen und der Gewährleistung der
 1185 Unterbringung von Obdachlosen. Dabei orientieren wir uns an europäischen Pilotprojekten wie
 1186 "Housing First" in Finnland. Um die soziale Sicherheit für EU-Bürger*innen in Berlin zu
 1187 erhöhen, setzen wir uns für eine verbesserte Koordinierung von Sozialleistungen zwischen den
 1188 EU-Mitgliedsstaaten ein. Durch entsprechende Beratungsangebote in Berlin wollen wir
 1189 sicherstellen, dass EU-Bürger*innen über ihre Rechte und Ansprüche informiert werden. Mit
 1190 der Gründung eines „Centre for Eastern European Transitions“ wollen wir einen neuen
 1191 Bildungs- und Forschungsstandort schaffen, der ein gemeinsames europäisches Verständnis für
 1192 die Transformationsprozesse der Vergangenheit und Gegenwart fördert und einen
 1193 länderübergreifenden Dialog ermöglicht. Wir wollen eine „Konzertierte Aktion Europa-Bildung“
 1194 starten – eine gemeinsame Strategie zur Förderung von Europa-Bildung und zur Bewerbung von
 1195 Mobilitätsangeboten gegenüber Berliner Bildungs- und Jugendeinrichtungen unter Einbindung
 1196 aller relevanten Akteur*innen. So sollen alle Schüler*innen, Auszubildenden und Lernenden
 1197 Zugang zu europäischen Mobilitäts- und Bildungserfahrungen erhalten. Wir verankern
 1198 europäische Themen wie Grundfreiheiten, Einigungsgeschichte und Unionsbürgerschaft
 1199 verbindlich in den Lehrplänen, fördern proeuropäische Bildungsinitiativen und weiten das
 1200 Konzept der Europaschule auf alle Bildungsbereiche aus.

1201 Verwaltung europäisch aufstellen

1202 Nicht nur Berliner*innen sollen sich als Europäer*innen verstehen, auch die Verwaltung soll
 1203 durch gezielten Spracherwerb, digitale Sprachmittlungsprogramme und regelmäßigen
 1204 Expert*innenaustausch in ihrer Europa-Kompetenz gestärkt werden. So können sich Bürger*innen
 1205 aus der EU und aus anderen Ländern schneller und einfacher in Berlin zurechtfinden.

1206 Für die rund 578.000 in Berlin lebenden Europäer*innen wollen wir die Abläufe in der
 1207 Verwaltung vereinfachen und digitalisieren. Dafür setzen wir eine Arbeitsgruppe ein, die
 1208 bestehende Defizite in der Alltagstauglichkeit identifiziert und konkrete Lösungsvorschläge
 1209 erarbeitet. Für die zügige Umsetzung werden der Regierende Bürgermeister und die
 1210 Bezirksbürgermeister*innen den „Berliner Europa-Pakt“ unterzeichnen.

1211 Um die Europa-Kompetenz der Berliner Verwaltung insgesamt zu stärken, werden wir, neben
 1212 Expert*innenaustausch und Spracherwerbsförderung, auch die Fähigkeit zum effektiven Einsatz
 1213 von EU-Fördermitteln ausbauen. Denn um den European Green Deal zum Berlin Green Deal zu
 1214 machen, müssen Verwaltung, Wirtschaft und Zivilgesellschaft in der Lage sein, die
 1215 bereitstehenden EU-Mittel zielgerichtet und vollständig abzurufen. Wir Bündnisgrüne halten
 1216 es für fahrlässig, dass Schwarz-Rot viele Millionen Euro an EU-Fördermitteln ungenutzt lässt
 1217 und nicht nach Berlin holt.

1218 3.7. Starke Finanzen – für Verlässlichkeit und Gerechtigkeit

1219 Berlin steht vor großen finanziellen Herausforderungen: steigende Kosten in allen Bereichen
 1220 der Daseinsvorsorge, ein enormer Sanierungsstau und gleichzeitig der Anspruch, unsere Stadt
 1221 widerstandsfähiger und klimafreundlicher zu machen. Wie alle Bundesländer erlebt auch Berlin
 1222 eine strukturelle Unterfinanzierung staatlicher Aufgaben. Das schwarz-rote Haushaltschaos
 1223 belastet uns finanziell noch zusätzlich und kürzt bei den Schwächsten, anstatt die richtigen
 1224 Prioritäten zu setzen. Unsere Stadt braucht endlich wieder Verlässlichkeit,
 1225 Planungssicherheit und eine klare politische Richtung.

1226 Haushaltspolitik zukunftsicher ausrichten

1227 Wir Bündnisgrüne wollen die Haushaltspolitik zukunftsorientiert neu ausrichten. Für uns muss
1228 sie das soziale Miteinander und die Erreichung von Klimaneutralität und Klimaresilienz
1229 ebenso im Blick haben wie das Funktionieren von Stadt und Verwaltung. Berlin darf nicht noch
1230 einmal kaputtgespart werden. Wir wollen der Haushaltspolitik Verlässlichkeit und Planbarkeit
1231 nach vier Jahren CDU-SPD-Haushaltschaos zurückgeben. Dafür werden wir den Landeshaushalt
1232 zukunftsicher aufstellen. Wir werden den Dialog mit denen, die von der massiven Unsicherheit
1233 der schwarz-roten Haushaltspolitik betroffen sind, endlich wieder aufnehmen: mit sozialen
1234 Trägern, Kultur- und Bildungsinstitutionen, Bezirken, den Beschäftigten des Landes und der
1235 engagierten Stadtgesellschaft. Gemeinsam schaffen wir es, die wichtigsten Aufgaben
1236 verlässlich zu finanzieren, ohne die Ausgaben ungebremst wachsen zu lassen.

1237 Wir werden eine Investitionsoffensive für Berlin starten, um die öffentlichen Investitionen
1238 in die Erreichung der Klimaneutralität sowie die Sanierung öffentlicher und sozialer
1239 Infrastruktur spürbar auszuweiten. Dazu schöpfen wir die rechtlichen Spielräume im Rahmen
1240 der strukturellen und konjunkturbedingten Kreditaufnahme voll aus und setzen den Berliner
1241 Anteil am Sondervermögen des Bundes gezielt ein. Darüber hinaus nutzen wir
1242 transaktionskreditfinanzierte Investitionen bei Landeseigenen Unternehmen und
1243 Investitionsgesellschaften zur Ausweitung der öffentlichen Investitionstätigkeit. Die
1244 Schuldenbremse verhindert weiterhin wichtige Zukunftsinvestitionen – besonders in den Ländern.
1245 Wir werden uns deshalb auf Bundesebene für die Abschaffung der Schuldenbremse in ihrer
1246 jetzigen Form und eine Reform der Schuldenregeln einsetzen.

1247 Viele soziale Träger sind angesichts der Kürzungspolitik und des Haushaltschaos von Schwarz-
1248 Rot zu Tausenden auf die Straße gegangen. Zurecht! Wir stehen für eine andere
1249 Haushaltspolitik. Gerade in Zeiten knapper Kassen ist ein anderer Umgang mit den geförderten
1250 zivilgesellschaftlichen Projekten wichtig: transparent, fair und verlässlich. Wir wollen
1251 neue und verbesserte Bedingungen im Zuwendungsrecht schaffen und die Abläufe medienbruchfrei
1252 digitalisieren. Dazu gehören Möglichkeiten der mehrjährigen Förderungen, die den
1253 Beschäftigten mehr als immer nur bis zum Ende des laufenden Jahres Sicherheit bieten. Wir
1254 werden zur Entbürokratisierung eine Gemeinkosten-Pauschale einführen, um die Abrechnung zu
1255 erleichtern. Finanzanträge können so schneller von der Verwaltung beschieden werden, um den
1256 Projekten frühzeitig und längerfristig Handlungssicherheit zu geben. Arbeit im öffentlichen
1257 Auftrag muss gute Arbeit sein – durch ein modernes Zuwendungsrecht kann Berlin seiner
1258 Vorbildfunktion gerecht werden.

1259 Wir werden eine wirkungsorientierte Haushaltspolitik stärken und insbesondere Klima- und
1260 Genderbudgeting konsequent weiterentwickeln. Die Berliner*innen haben ein Recht darauf zu
1261 wissen, wofür ihre Steuergelder verwendet werden. Und Politik ist verpflichtet, dafür zu
1262 sorgen, dass mit den öffentlichen Geldern Sinnvolles geschieht, sie effizient eingesetzt und
1263 nicht verschwendet werden und dass sie bei denen ankommen, für die sie gedacht sind. Den
1264 begonnenen Pfad zu einem Klimabudget als wirkliches Steuerungsinstrument werden wir
1265 weiterentwickeln und ihn am Emissionspfad des Landes Berlin ausrichten. Der Senat ist
1266 verpflichtet, den Emissionspfad mit konkreten Maßnahmen im Rahmen der mittelfristigen
1267 Finanzplanung zu untersetzen, sowie die Umsetzung der Maßnahmen und ihre Wirkung zeitnah zu
1268 monitoren.

1269 Außerdem wollen wir den Berliner Haushalt für Bürger*innen zugänglicher und transparenter
1270 machen. Dazu sollen die Haushaltsdaten so aufbereitet werden, dass nachvollziehbar ist,
1271 wofür wie viel Geld aufgewendet wird. Wir unterstützen Bürger*innenhaushalte auf
1272 Bezirksebene und prüfen die Wiederaufnahme des Projekts des landesweiten
1273 Beteiligungshaushalts.

1274 Steuersystem gerecht und ökologisch umbauen

1275 Wir Bündnisgrüne treten ein für ein gerechtes und ökologisches Steuersystem. Denn noch nie
1276 gab es in Deutschland so viele Milliardär*innen und Multimillionär*innen wie heute.
1277 Gleichzeitig ist jedes vierte Kind in Berlin armutsgefährdet, und auch die Altersarmut
1278 wächst. Und dem Staat fehlt seit Jahren das Geld für Busse, Brücken und Bibliotheken. Wir
1279 werden uns auf Bundesebene für die Wiedereinführung einer Vermögensteuer für die
1280 Superreichen und eine Reform der Erbschaftssteuer einsetzen, die bisherige Ausnahmen für die
1281 wirklich großen Vermögen abschafft. Beides kommt den Länderhaushalten zugute, sodass wir all
1282 denen in Berlin verlässlich helfen können, die Hilfe brauchen.

1283 Wir wollen auch die Spielräume zur Verbesserung der Einnahmehasis des Landes konsequent
1284 nutzen. Dafür wollen wir die Gebühren fürs Anwohner*innenparken und auch fürs Kurzzeitparken
1285 angemessen und ökologisch gestalten. Wir wollen nach dem Vorbild von Tübingen eine Steuer
1286 auf Einwegverpackungen einführen, um den Verpackungsmüll in unseren Parks und Kiezen zu
1287 reduzieren. Außerdem wollen wir die Anpassung der Grunderwerbssteuer an die Höhe des
1288 Steuersatzes von Brandenburg. Und wir entwickeln ein Konzept, wie wir die Grunderwerbssteuer
1289 sozial staffeln können, um Berliner*innen beim Traum vom Leben in den eigenen vier Wänden zu
1290 unterstützen – große Unternehmen müssen dafür mehr zahlen.

1291 Steuerhinterziehung bekämpfen und Steuerlücken schließen

1292 Steuerhinterziehung ist nicht nur ein individuelles Fehlverhalten, sondern vielfach Ausdruck
1293 organisierter und professionell strukturierter Kriminalität. Insbesondere im
1294 Immobiliensektor, in bargeldintensiven Branchen sowie durch internationale Finanz- und
1295 Briefkastenstrukturen werden Steuern systematisch hinterzogen und illegale Gewinne
1296 gewaschen. Wir begreifen die Bekämpfung von Steuerhinterziehung daher ausdrücklich auch als
1297 Kampf gegen organisierte Kriminalität. Dafür schaffen wir spezialisierte Strukturen und
1298 Instrumente bei Verwaltung und Polizei. Außerdem führen wir ein transparentes
1299 Immobilienregister auf Landesebene ein, das wirtschaftlich Berechtigte sichtbar macht und
1300 Geldwäsche sowie Steuervermeidung erschwert. Wir setzen auf eine konsequente Abschöpfung
1301 illegaler Gewinne, um kriminellen Strukturen ihre wirtschaftliche Grundlage zu entziehen und
1302 die Einnahmen der Allgemeinheit zugutekommen zu lassen.

1303 Um Steuerhinterziehung durch Einzelpersonen wirksam zu bekämpfen, wollen wir die Finanzämter
1304 personell besser ausstatten und deren Digitalisierung vorantreiben. Die Wirksamkeit der
1305 Steuererhebung wollen wir auch durch eine Erhöhung der Prüfquoten bei Unternehmen und
1306 Einkommensmillionär*innen sicherstellen. Das machen wir, indem wir sowohl das zusätzliche
1307 Personal als auch bestehende Ressourcen durch Anweisung aus der Senatsverwaltung für
1308 Finanzen so priorisieren, dass die Prüfungen mit der größten finanziellen Bedeutung für den
1309 Landeshaushalt fokussiert bearbeitet werden.

1310 Wir werden uns zudem auf Bundesebene dafür einsetzen, dass Gerechtigkeitslücken bei der
1311 Besteuerung von Immobiliengeschäften endlich geschlossen werden. So setzen wir uns für eine
1312 Reform ein, um die Umgehung der Grunderwerbsteuer bei sogenannten Share Deals zukünftig zu
1313 verhindern. Allein bei der Übernahme der Deutsche Wohnen SE wurden durch Share Deals dem
1314 Land Berlin über eine Milliarde Euro Einnahmen.

1315 Öffentliches Eigentum sichern und Abhängigkeiten verhindern

1316 Wir Grüne wollen an unsere Regierungszeit anknüpfen und die Liegenschaftspolitik am
1317 Gemeinwohl ausrichten und die aktive strategische Ankaufspolitik fortsetzen. Denn eine

1318 soziale Bodenpolitik ist in vielen Fällen Voraussetzung für langfristige stadtentwicklungs-
 1319 und wohnungspolitische Entscheidungen. Dafür statten wir den Berliner Bodenfonds als
 1320 Instrument mit mehr Eigenkapital aus. Die Ziele der Ankäufe und die Priorisierung sind dem
 1321 Parlament transparent darzustellen. Bei Vergabeverfahren für Grundstücke setzen wir
 1322 weiterhin auf das beste Konzept, nicht den höchsten Preis. Hierfür wollen wir das
 1323 Konzeptverfahren gemeinsam mit der Zivilgesellschaft weiterentwickeln. Wir wollen das
 1324 öffentliche Eigentum Berlins auch gesetzlich verbindlich sichern. Wir wollen nach dem
 1325 Vorbild Bremens eine Privatisierungsbremse in die Verfassung aufnehmen sowie ein
 1326 Bodensicherungsgesetz beschließen.

1327 Öffentlich-Private Partnerschaften (ÖPP) kommen für uns nur dann infrage, wenn dadurch keine
 1328 Abhängigkeiten des Staates von einzelnen privaten Dienstleister*innen entstehen. Wir
 1329 schließen den Verkauf von öffentlichen Liegenschaften oder der Infrastruktur aus.
 1330 Wirtschaftlichkeit und Resilienz sind bei Maßnahmen an öffentlichen Liegenschaften und
 1331 Infrastruktur zentrale Kriterien. Das gilt besonders für ÖPP. Wir prüfen und bewerten den
 1332 Nutzen für das Land Berlin u.a. auf Grundlage der inzwischen bestehenden Evaluierungen der
 1333 vielfältigen Formen kommunaler ÖPP-Ansätze. Grundsätzlich darf die Risikoverteilung bei
 1334 derartigen Projekten nicht einseitig zu Lasten der öffentlichen Hand erfolgen. Kooperationen
 1335 mit gemeinnützigen Unternehmen oder Genossenschaften unterstützen wir.

1336 Zukunftsprojekte für Berlin (Kapitel 3)

1337 Sichere Schulwege für unsere Kinder

1338 Die Sicherheit unserer Kinder auf dem Schulweg hat oberste Priorität. Damit Kinder sicher
 1339 ankommen können – ohne gefährliche Rangiermanöver, unübersichtliche Situationen und Lärm –,
 1340 schaffen wir Bündnisgrüne bis 2030 in möglichst allen Kiezen Schulstraßen und Schulzonen
 1341 nach dem Vorbild in der Singerstraße in Mitte, der Scharnweberstraße in Friedrichshain und
 1342 vor der Robinson-Schule in Lichtenberg. Zudem setzen wir konsequent Tempo 30, Zebrastreifen,
 1343 gut ausgebaute Fahrradstreifen und sichere Kreuzungen an Schulwegen um. So wird das Ankommen
 1344 sicher und Kinder können ihren Schulweg selbstständig und geschützt bewältigen. Eltern
 1345 können ihre Kinder guten Gewissens zu Fuß oder mit dem Rad zur Schule schicken – für mehr
 1346 Sicherheit, Selbstständigkeit und Ruhe vor den Schulen.

1347 Berlins Mobilität sichern – BVG- und S-Bahn-Krise lösen

1348 Ständige Ausfälle, Verspätungen und unzuverlässige Takte müssen der Vergangenheit angehören.
 1349 Dafür wollen wir Grüne die Modernisierung der maroden Signal- und Stellwerkstechnik bei der
 1350 S-Bahn deutlich beschleunigen, moderne Busse, 1.500 U-Bahn-Wagen sowie S-Bahn-Wagen in
 1351 ausreichender Zahl kaufen, damit die ständigen Störungen alter Züge nicht mehr den
 1352 Nahverkehr lahmlegen. Den Personalmangel wollen wir mit attraktiven Arbeitsbedingungen und
 1353 guter Bezahlung beheben. Wir wollen die aktuelle Abwärtsspirale von weniger Angebot,
 1354 sinkenden Landeszuschüssen und zu geringen Investitionen durchbrechen. Wir Berliner*innen
 1355 sind auf zuverlässige Busse und Bahnen angewiesen – und wir Grüne sorgen dafür, dass sie
 1356 verlässlich fahren.

1357 Berlin zum Innovationsstandort Nr. 1 machen

1358 Die Berliner Wirtschaft lebt von kreativen Köpfen, der Internationalität Berlins und ihrer
 1359 Wissenschaftslandschaft. Unsere wertvollste Ressource ist dabei unsere Innovationskraft.
 1360 Diese wollen wir weiter ausbauen und Berlin so zum Innovationsstandort Nr. 1 machen. Die

1361 Berliner Zukunftsorte sind dabei ein vitales Rückgrat der wissensbasierten
1362 Wirtschaftsentwicklung in Berlin. Wir werden sie weiter stärken und sehen das Potenzial, die
1363 Zukunftsorte zu Modellregionen für klimaneutrales Wirtschaften weiterzuentwickeln.
1364 Innovative Projekte wie die Start-up-Factory UNITE, das Innovationszentrum FUBIC oder
1365 Science & Start-ups der Berlin University Alliance wollen wir stärken und weiterentwickeln
1366 und so die Potentiale der Forschung für technologische, digitale und soziale Innovationen
1367 noch besser heben.